

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmenpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Best- und Versammlungseintritte kosten pro Sesse 25 Pf. — Wechselseitserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: S. Hartmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhäuser Straße 38—42. Telefon-Ara. 88 u. 89. Telegr.-Nr.: Alverbank Bochum.

### Streikbrecherlied.

Wir sind die „Arbeitswilligen“!  
Die „Guten“ und die „Willigen“.  
Wohnt, wenn die andern ruhn  
Und tun, was sie nicht wollen tun;  
Sind folgsam und zu jeder Zeit  
Dem Kapital zum Dienst bereit.  
  
Sobald nur Streik und Ausstand droht  
Sind wir die Ritter in der Not.  
Man lockt und buhlt um unsre Gunst,  
Und wir, wir fühlen gleiche Brust  
(Nur Dumme nennen es gemein)  
Und springen in die Bresche ein.  
  
So sind geschägt wir und geehrt  
Vom Arbeitgeber und begehr.  
Auch geht die Sache nett und glatt!  
Man bringt uns fein zur Arbeitsstatt  
Und schlägt in fest geschlossnem Trott  
Uns vor der Bösen Hohn und Spott.  
  
Und wenn uns einer schief anguckt,  
Und wohl gar auf den Boden spuckt;  
So greift die Polizei den Wicht  
Und schleppt ihn hurtig zum Gericht;  
Das macht dem Burschen dann parat  
Sechs Monat für die Freveltat.  
  
Ja, ja, man schätzt uns ungemein,  
Und das mit Recht, wir haben Schwein.  
Sieht scheel auch zu der Streikera Hauf,  
Was kümmert's uns, wir pfeifen drauf —  
Und bleiben doch die „Willigen“,  
Die „Guten“ und die „Willigen.“

5. n.

### Zur „christlichen“ Lohnkomödie im Wurmrevier.

Die „christlichen“ Streikbruchorganisatoren hat eine wahre Verärgerung erfasst, daß unser Verband es ablehnt, sich von abgefeimten Arbeiterverrätern, aus gekochten Demagogen zu einer widerlichen Lohnkomödie zum offensichtlichen Betrug der Wurmburgleute mitzubauen zu lassen, und so schlagen sie im „Bergknappen“ vom 12. April zum wiederholten Male die Wahrheit in Scherben. Wohlverstanden, unser Verband hat nur die Lohnkomödie mitzumachen abgelehnt, ist jedoch zu jeder Zeit bereit, eine wirkliche, ernstgemeinte Lohnbewegung gemeinschaftlich mit allen Bergarbeitern, auch den „christlichen“ Kameraden, durchzuführen, aber das wollen die Streikbruchführer nicht. Mit „christlichen“ Tobsüchtsschlägen, mit „christlich-nationalen“ Lügenkrämpfen und mit noch so gut geheucheltem demagogischen Appell an die Tränen und trüben schafft man Tatsachen nicht aus der Welt und hier besteht die Tatsache, daß der „christliche“ Streikbruchgewerkverein gar nicht ernsthaft an eine Lohnbewegung denkt, keine wirkliche Lohnbewegung will, keine durchführen kann noch durchführen darf, sondern ein Komödienspiel möchten die Streikbruchführer aufführen, zu dem unser Verband ihnen den moralischen Kredit pumpen und den Rückzug decken soll! Eine Organisation, die zu dem alleinigen Zweck gegründet wurde, die moderne Arbeiterbewegung zu bekämpfen, auf deren Gründungsversammlung unsere Verbandskameraden als ihre Feinde erklärt wurden, mit denen es ein gemeinschaftliches Arbeiten nie und nimmer geben könne, kann schon ihrer ganzen Tendenz entsprechend keinen ernsthaften Kampf gegen das Grubenkapital führen, um so weniger noch, als die Führer dieser Organisation laut Kaplan Schopen in Geheimkonventikel mit den Grubenbesitzern die Bergarbeiterrechte verschärferten und versprochen haben, jeden Bergarbeiterstreik zu brechen! Ihre Gewerkschaftsrichtung, auf deren Kongressen die ersten klassigen Schärfmacher Deutschlands prahlen, wo Junker, Generaldirektoren, Geheimräte, Kommerzienräte jubelnd als Ehrengäste gefeiert werden, wo ein preußischer Minister, der 2400 Saarbergleute für dauernd aufs Straßenpflaster geworfen hat, weil sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten, unter „nichtendenwollendem“ Beifall redet, hat als Arbeiterbewegung moralisch abgedankt! Dazu kommt, daß die „christlichen“ Streikbruchgewerkshaft vom Papst nur noch geduldet, unter strengste Aufsicht der Bischöfe gestellt und strikt angewiesen sind, keine Wissigkeiten unter den Ständen zu schüren, sondern wechselseitige Liebe und Frieden zu fördern! Wie die Großklappen an die römische Kette festgelegt sind, haben in neuester Zeit Nevelaeer und Kreßfeld bewiesen. In der Nevelaeer Gebethbuchindustrie kam es im Februar zu Differenzen zwischen den „christlichen“ Arbeitern und den noch „christlicheren“ Zentrumsfabrikanten und während die Arbeiter im Kampf standen, schloß Vikar Dr. Brauns (M. Gladbach) und der Bürgermeister von Nevelaeer mit den Fabrikanten hinter dem Rücken der „christlichen“ Arbeiter und deren Führern den „Frieden“ und die Arbeiter mußten sich fügen! Von welcher Stelle der „Arbeiterführer“ und „Streikleiter“ Vikar

Brauns seine Unterstellungen erhalten, hat er verschwiegen, sicherlich aus der bischöflichen Kanzlei! In Kreßfeld wurde von den „christlichen“ und freigewerkschaftlich organisierten Textilarbeitern voriges Jahr eine gemeinschaftliche Lohnbewegung eingeleitet, alle Forderungen gemeinschaftlich aufgestellt und schließlich auch gemeinschaftlich beschlossen, in den Kampf einzutreten, aber sobald ein ernsthafter Lohnkampf entbrennen sollte, verhandelten die „Christenführer“ hinter dem Rücken der kämpfenden Arbeiterschaft, kommandierten ihren Anhang zum Streikbruch, verhälsten den Textilarionen zum Siege über ihre Lohnslaven und verleumdeten obendrein ihre freigewerkschaftlichen Kampfesgetossen.

Der „schöne Sieg“ des Streikbruchgewerkvereins im März 1912 kommt den Streikbruchführern teuer zu stehen. Die Mitglieder reißen aus wie Schafleder, die Streikbruchorganisatoren sieden auf den Trümmern ihrer Organisation, wissen keinen Rat mehr und so möchten sie um jeden Preis irgend eine Komödie aufführen, um die Bergarbeiter erneut zu blitzen. Schon nagt der Mauerkratz derart stark am Bau der „hoffnungsvollen“ Organisation, daß die Streikbruchführer sich schämen, die Monatsabrechnungen der Zahlstellen weiter zu veröffentlichen! Nur um der Mittwoch ihre wahre „Stärke“ zu verheimlichen, um die Deffensivität und ihren eigenen Streikbruchanhänger zu täuschen, zu beschwindeln, stellen sie die öffentliche Überrechnung ein, und nichts könnte ihnen deshalb erwünschter sein, als daß unser Verband den „christlich-nationalen“ Streikbruchkarren aus dem Dreck zöge! Im Saarrevier wurde die Komödie aufgeführt und zwar nicht nur ohne unseren Verband, sondern man beachtigte, uns bis zum 1. Januar „kalt“ zu stellen. Dadurch hofften die „genialen“ Streikbruchführer unsere Kameraden an die Seite des Fiskus zu drängen, um dann mit der ganzen Routine ihrer Verlogenheit gegen uns loszu ziehen! Sie haben sich verrechnet, denn unser Platz ist und bleibt an der Seite unserer Arbeitsbrüder, mögen diese irregeleitet und betört, uns auch beschimpfen, beschimpfen, dennoch halten wir die Solidarität hoch und vergessen niemals, daß alle Knappen unterschiedlos Fleisch von unserem Fleisch, Blut von unserem Blute sind! Die „christlichen“ und selbst die „gelben“ Bergleute sind und bleiben unsere Leibensbrüder, unsere Klassengenossen, unsere Kameraden, und unser gemeinsamer Gegner ist und bleibt der Kapitalismus! Mit dem Augenblick, wo Klassengenossen und Leidensbrüder — ob „christlich“ oder „unchristlich“ — in einen berechtigten Lohnkampf treten, stehen wir an ihrer Seite als treue Kriegskameraden und kämpfen mit ihnen Schulter an Schulter in unverbrüchlicher Waffenbrüderlichkeit gegen unseren gemeinsamen Feind, gegen das hartherzige, brutale Grubenkapital!

Im Saarrevier haben die „genialen“, in Sturmewettern erprobten, kampf- und sieggewohnten Streikbruchgenerale mit ihrer „überchlauen“ Taktik des „Kalt stellen“ ihren Zweck nicht erreicht, haben dabei vielmehr gründlich „christlich-national“ Haare gelassen, folglich wollen sie es mit einer anderen Taktik versuchen, wollen unseren Verband erneut poussieren, um schmeichelnd, überlistend, zu einer kurzen Ehe überreden, um ihm schon am Hochzeitstage unterzuwerfen zu werden. Wir haben den schwarz-gelben Spiegelberg der Streikbruchfirma gründlich erkannt und danken für Obst.

Der „Bergknappe“ schreibt, daß die Haltung unseres Verbandes im Interesse der Bergarbeiter zu bedauern sei, daß die Position der Arbeiter durch unseren Kampf gegen die Streikbruchchristen geschwächt würde und daß nach Ansicht der Mehrheit der Wurmburgleute der Verband nicht so tief gesunken sein könne, eine gemeinsame Lohnbewegung abzulehnen. Durch unsere Konstatierung, daß die Streikbruchführer nur eine Scheinbewegung machen wollten, sollen wir die Grubenbesitzer darauf aufmerksam gemacht haben, die sonst sicherlich nicht daran gedacht hätten, daß nur eine Scheinbewegung geplant werde (1). Die Grubenbesitzer kennen ihre „christlichen“ Pappeneheimer, mit denen sie in Geheimkonventionen verhandeln, so genau, daß wir ihnen nichts mehr verraten können, und zum andern haben es die Streikbruchführer ja in der Hand, den Grubenbesitzern praktisch, mit Tatsachen zu beweisen, daß es sich um eine bitterernste, um keine Scheinbewegung handelt. Wie sehr die Grubenbesitzer die Absichten der Streikbruchführer kennen, hat die fiktive Grubenbergwallung in Saarbrücken am deutlichsten bewiesen. Als die „tapferen“ „Christen“ am 15. Dezember 1912 den „Streit“ beschlossen, erklärte die Grubenverwaltung am 16. Dezember, daß sie die diesem Beschuß nicht in die mindeste Bedeutung bemeasse, daß gerade durch diesen Beschuß der Streit verhindert werden! Trotz der provokatorischen Herausforderung und Verhöhnung durch den Saarfiskus stellte der „christliche“ Streikbruch-Anton seinen Degen ein. Die Streikbruchgenerale haben die Unternehmer längst darüber eingehend unterrichtet, daß sie nur Scheinbewegungen machen wollten, daß hinter ihren radikalen Worten nur friedliche Absichten stecken. Der Gesamtverbandsgeneralsekretär Stegerwald versicherte den badischen Unternehmern schon vor Jahren, daß die „christlichen“ Agitatoren in Versammlungen nur deshalb radikal redeten, um den sozialdemokratischen Gewerkschaften das Rekrutierungsfeld streitig zu machen; daß Unternehmertum könne beruhigt sein, die radikalen Reden seien nicht ernst gemeint. Ebenso hat der „alte Praktiker“ Giesberts in seinem „Nachwort“ zum Ruhrbergarbeiterstreit in der ganzen Zentrumsprese offen erklärt, die „christlichen“ Streikbruchführer

würden im Frühjahr 1912 sich an einer gemeinschaftlichen Lohnbewegung beteiligt haben, wenn die Verbandsführer dafür garantiiert hätten, daß es nicht zum Streik komme, oder mit anderen Worten: Die Streikbruchführer würden die Lohnbewegung im Ruhrgebiet mitgemacht haben, wenn die Verbandsführer sich mit einer Lohnkomödie begnügt und garantiiert hätten, daß es nicht zum Streik kommen werde. Durch Lohnkomödien wird die Arbeiterbewegung nur blamiert, die Arbeiterschaft geschädigt, und da uns die Interessen der Bergarbeiter zu hoch stehen, um leicht fertig damit zu spielen, lehnten wir es ab, im Wurmgebiet eine Scheinbewegung zu machen, nur um die stark geliebten Freiheiten des Streikbruchgewerkvereins zu föllen.

Die Bergarbeiter hätten den Schaden der Uneinigkeit zu tragen, sagt der „Bergknappe“. Das ist vollkommen unsere Meinung, aber es ist nicht unsere Schuld, daß sich die deutschen Bergarbeiter nicht einig sind. Wir sind von jeher für eine einheitliche Bergarbeiterorganisation eingetreten und haben mehr als tausendmal betont, daß die Bergarbeiter ohnmächtig bleiben, solange sie dem Wahnsinn der Bruderzerfleischung huldigen und den Demagogen der Arbeiterzerplitterung nachlaufen. Hat es etwa der Förderung der Einigkeit gedient und im Interesse der Bergarbeiter gelegen, als die Streikbruchführer im vorigen Frühjahr eine gemeinsame Lohnbewegung für das Wurmrevier ablehnten und im Ruhrrevier den Streikbruch organisierten? Selbst die ärgsten Pessimisten konnten damals nicht glauben, daß die „christlichen“ Bergarbeiter so abgrundtiefe gesunken seien und sich zum Streikbruch kommandieren ließen. Lag es etwa im Interesse der Bergarbeiter und deren Einigkeit, als im März 1912 nach Angabe des Dr. Jungst 335 148 Ruhrknappen, gleich 61,24 Prozent, in dem aussichtsreichsten Lohnkampf standen, den die deutschen Bergleute jemals gewagt haben, die Streikbruchführer ihre etwa 30 000 Anhänger zum Streikbruch kommandierten?!, hatten nicht etwa die Bergarbeiter den Schaden, als die Streikbruchchristen Schulter an Schulter mit den Grubenbesitzern unter dem Schuh von 10 000 Gendarmen und Militär gegen die sonst absolut einzige Arbeiterschaft kämpften und praktisch bewiesen, wie man die aussichtsreichste Lohnbewegung kaput macht?! Und wie haben sie diese Tat gepriesen, haben sich in der Presse, im Reichstag und Landtag gerühmt, die heimische Industrie, das Vaterland vor schwerem Schaden bewahrt zu haben! Warum, ihr Herren Streikbruchführer, wendet ihr euch jetzt nicht an eure Bundesgenossen vom März 1912, an die Kohlenbarone, damit diese mit euch eine gemeinschaftliche Lohnbewegung machen? Gemeinschaftlich mit den Kohlenbaronen habt ihr uns besiegt, habt die Industrie vor schwerem Schaden bewahrt, habt verhindert, daß die Kohlenbarone zur Zahlung höherer Löhne gezwungen wurden, habt diesen ungezählten Millionen gerettet, folglich könnt ihr doch einen Gegendienst verlangen! Also bitte, wendet euch vertraulich auf eure Bundes- und Kampfgenossen aus den Märztagen von 1912, leitet mit diesen eine gemeinschaftliche Lohnbewegung ein, wir werden sie nicht kaput machen. Wir verzichten auf jede Nebanche, wir schenken uns nicht nach einem „schönen Sieg“ über unsere „christlichen“ Brüder, sondern wir werden sie unterstützen, trotz allem!

Weiter macht der „Bergknappe“ uns zum Vorwurf, daß unsere Antwort auf ihre Einladung schon in der Presse gestanden habe, ehe sie den Streikbruchorganisatoren zugestellt wurde, und fleht zum Schluss unsere Mitglieder an, sie möchten doch die Verbandsleitung, besonders die Redaktion der „Bergarbeiter-Ztg.“, zur Umkehr bewegen. Wie du mir, so ich dir! Am 25. März lasen wir in der gesamten Lagespresse, daß eine „christliche“ Vertrauensmännerkonferenz am 28. März getagt und eine Reihe Kriegsartikel beschlossen und befohlen habe, der Verband müsse unter diesen Kriegsartikeln eine Lohnkomödie der Streikbruchchristen mitnehmen, und erst am 29. oder 30. März erhielten wir die offizielle Mitteilung der Kriegsartikel. Gegen uns wurde nicht die allermindeste Rücksicht genommen, keine Spur von Kollegialität, der Verband soll blindlings gehorchen, wenn die Streikbruchgenerale kommandieren, und tun wir das nicht, werden wir vor aller Welt angeklagt, die Einigkeit gestört, die Arbeiterschaft geschädigt zu haben. Dann sollen unsere Mitglieder gegen uns ausgespielt werden, unsere Kameraden sollen Partei ergreifen für Leute, von denen sie vor einem Jahre als Mob und arbeitsloses Gesindel bespöttigt wurden. Nie und nirgends in der ganzen Welt sind Arbeiter so beschimpft und beleidigt worden, wie unsere Kameraden durch die „christlichen“ Streikbruchführer. Mob, Gefindel, roher Fanagel, Meineidsgesellschaft mit beschränkter Haftung, verschuldet Gehirne usw. wurden sie genannt, man hat sie denunziert und ins Gefängnis gebracht, hat ihnen Militär und Gendarmen auf den Hals gehetzt, und jetzt sollen die so makellos beschimpften, unschuldig verfolgten, brutal mishandelten Verbändler eintreten für die „christlichen“ Beschimpfer, für jene „christlich-nationalen“ Huben, die grenzenloses, unerschöpfliches Glend über sie gebracht haben! Wirklich, an Weiseidenheit fransen die Streikbruchführer nicht, aber sie täuschen sich sehr, wenn sie glauben, die Verbändler seien Männer, die dienten „christlich-nationalen“ Streikbruchfeinden küssens würden, mit dem sie getreten waren!

# Bericht unseres Verbandes für 1911/12.

II.

*"Einigkeit macht stark".* „Es stände gut um die deutschen Bergarbeiter wenn sie die Bedeutung dieses Solidaritätsbegriffes wenigstens halb so gut begreifen hätten, wie die deutschen Bergwerksunternehmer“, heißt es einleitend in dem Bericht unseres Verbandes über die Organisationen der Werksbesitzer. Der Bericht schildert, wie die Grubenkapitalisten Deutschlands seit jener die Preislämper der Schärmacher waren, wie das Wort „Solidarität“ ihnen kein leerer Begriff ist, sondern dass ihr Worte lautet: „Einer für alle — alle für einen“, wenn es gegen den Arbeiter geht. Die wiederholten Versuche unseres Verbandes, in das absolutistische Herrschaftssystem der Bergbauunternehmer Widerstand zu schlagen, mißlangen, weil sich ihre Organisation stärker erwies, als die unsere. Hervorgegangen hat sich durch seine Schärmacherschaften vor allem der Schienverband des Ruhrgebiets; ihm gelang es nicht, dass er mit Hilfe der schwarzen und gelben Streikbrecher die kämpfenden Bergarbeiter besiegte, er nahm nach Beendigung des Streiks noch besondere Rache: durch dreimonatliche Ausbeutung einer großen Anzahl „Streikländer“. Zugleich war die Freizügigkeit derselben, die im Streik gestanden hatten, für drei Monate völlig aufgehoben, weil sie auf keinem anderen Verbandsvertrag angenommen werden durften. Der Bericht enthält Dokumente, welche beweisen, in welch rücksichtsloser Weise der Schienverband seine Opfer verfolgte, schildert, wie seine terroristische Praxis von den Gerichten gebrandmarkt und als gegen die guten Sitten verstörend erachtet worden ist. Beamten und Arbeitern wird das Koalitionsrecht mit allen Mitteln unterbunden, um sie in ein immer größeres Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Die Unternehmer schließen sich immer enger zusammen zur Ausbeutung der Arbeiter und des konsumierenden Volkes. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung geht eine gewaltige Kapitalkonzentration in immer weniger Hände. Das tritt besonders im Bergbau in Erscheinung. So umfaßte das rhein-luftsässige Kohlensyndikat bei seiner Gründung 1898: 98 Betriebe. Bis zum Ablauf der Verträge kamen noch 5 Betriebe dazu, insgesamt waren also 103 Betriebe im alten Syndikat vereinigt. Mit Ablauf der Verträge (1908) waren es aber nur noch 88 Betriebe, denn 20 Gesellschaften hatten inzwischen ihre Selbständigkeit verloren. Als das neue Kohlensyndikat 1904 seine Tätigkeit begann, waren 96 Teilnehmer vorhanden. Inzwischen wurden noch zwei neue Betriebe als Mitglieder gewonnen. Das Syndikat hat aber heute nicht 98 Teilnehmer, sondern nur noch 64! Die schlendenden Syndikatsgesellschafter sind verschwunden, ihre Beute ist den Überlebenden aufgefallen.

Durch die Syndikatswirtschaft die Nischenunternehmungen zum Nachteil der mittleren und kleinen begünstigt werden, zeigt die zunehmend größer werdende Spannung zwischen den Beteiligungsziffern der großen und der kleinen Werke. Es haben für das Jahr 1913 eine Beteiligungsziffer für Kohlen erhalten: Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft 8 698 000 To., Garpen 7 240 000, Gibernia 5 416 500.

Die drei Werke zusammen 21 354 500 To.

Das Gegenstück zu diesen drei Syndikatsherrschern liefern die Betriebe:

Viktoria	185 000 To.	Beteiligung
Johannessegen	150 000	"
Ver. Trappe	152 900	"
Gesamt		487 900 To. Beteiligung

Stellt man die Verhältniszahl der Beteiligungsziffer beider Gruppen nebeneinander, so ergibt sich 1 zu 48,77. Die Durchschnittsziffer der Kohlenbeteiligung beträgt für das Jahr 1913 auf jeden der 64 Syndikatteilnehmer 1 245 888 To., da eine Gesamtziffer von 79 704 834 To. vom Syndikat in Ansatz gebracht wurde. Gelsenkirchen geht um 7 452 612 To. über die Durchschnittsziffer hinaus, Viktoria bleibt um 1 110 888 To. hinter ihr zurück. Diese prächtige „Regelung“ der Produktion spricht für sich. Sie beweist ohne viele Worte, dass die Entwicklung im Stahlbergbau mit aller Macht dem Punkte entsteht, dass kein Vierteldusend Kapitalisten diesen Industriezweig allein beherrscht.

Der Bericht schildert dann, wie unser Verband seit mehr als 20 Jahren bestrebt war, bessere Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter zu schaffen, ihnen den größtmöglichen Schutz vor Krankheit und Unfallgefahr zu erringen. Ganz erfolglos war dieses Streben nicht, doch ist immer noch das meiste zu tun übrig. Der Schutz jugendlicher und weiblicher Arbeiter ist ebenfalls un-

ausreichend. Im deutschen Bergbau sind 41 000 Kinder unter 16 Jahren im Bergbau beschäftigt und nimmt ihre Zahl ständig zu. Es arbeiten 12 000 Frauen auf deutschen Gruben, die meisten auf den Werken des oberösterreichischen Kohlenadels und in der Erzbergindustrie der Aussig und Mitteldeutschlands. An den Schülern der Arbeiterinnen ist die Gesetzgebung sehr schwach herangegangen. Schillers Wort: „Christ die Frauen“, hat Arbeiterinnen gegenüber bei den herrschenden Klassen keine Geltung. Awar dürfen Frauen unterirdisch ebensoviel beschäftigt werden wie Jugendliche unter 16 Jahren. Die Beschäftigung in Schule ist seit dem 1. April 1911 verboten, und am 1. April 1915 soll ein weiteres Verbot der Beschäftigung von Frauen beim Transport und Verladen in Kraft treten. Neuerstellungen von Arbeiterinnen in diese Beschäftigungsarten dürfen seit dem 1. April 1912 nicht mehr erfolgen. So langsam der Schutz jugendlicher und weiblicher Bergarbeiter vorausgeschritten, den Unternehmern geht es noch zu schnell. Sie haben sich gegen jede Verkürzung ihres Ausbeutungsrechts heftig zur Wehr gefestigt. Sie konnte in jedem Falle nur gegen ihren Willen erreicht werden.

Die Sicherheitsmänner sollten nach dem Willen der Gruben-

kapitalisten nur „weiße Salbe“ sein und sie sind infolge ihrer

Rechlosigkeit und Unabhängigkeit „weiße Salbe“ geblieben.

Sie haben zur Vorminderung der Unfälle in den etwa 2½ Jahren

ihrer Tätigkeit nicht beitragen können, diese sind in der bis-

herigen Weise weiter gestiegen. Was wir hierüber vorausgesagter,

ist leider eingetroffen. Der Bericht schlägt, mit welchen be-

hömmenden Mitteln gearbeitet wurde, um den abhängigen, rech-

losen Sicherheitsmännern die Ausübung ihres Amtes zu ver-

leiden oder unmöglich zu machen.

Deutschland ist weit in der Welt voran — mit den größten Unfallziffern. Von 1901—1910 wurden von je 1000 Bergarbeitern im Durchschnitt getötet: Deutschland 2,11, Frankreich 1,89, Eng-

land 1,85, Österreich 1,19, Belgien 1,08. Das von hoher Stelle

gesprochene Wort von der „gesellten Kompottschüssel“ für die

Arbeiter illustriert der Bericht durch eine Liste von Bahnen und

Tafelchenmaterial. Immer mehr ist es in Schärmacherskreisen

üblich geworden, den berunglückten und invaliden Arbeitern

Rentensucht, Rentenhygiene, Rentenurusitze usw. vorzuwerfen.

Und doch sind die gezahlten „hohen Renten“ recht

kümmerlich. Sie betragen im Jahre 1911 in den acht Sektionen

der Knapphäftervereinigungskasse: die Bahnen der Unfall-

invaliden und die Durchschnittsrenten:

Tabelle der Durchschnittliche Jahresrente  
Unfall-Invaliden vor 1909

Sektion I . . . . . 10 569 255,58 Mf.

Sektion II . . . . . 28 193 289,20 "

Sektion III . . . . . 1 748 296,21 "

Sektion IV . . . . . 5 556 194,07 "

Sektion V . . . . . 1 255 219,38 "

Sektion VI . . . . . 5 625 185,44 "

Sektion VII . . . . . 2 644 220,09 "

Sektion VIII . . . . . 958 266,12 "

Zusammen 51 538 246,11 Mf.

Über 2000 Invaliden erhalten die Vollrente, waren also zu jeglicher Erwerbsarbeit völlig unsfähig. Die durchschnittliche Vollrente betrug 808,85 Mf. Selbst wenn man zugeben wollte, dass diese Jahresrente zum notdürftigen Lebensunterhalt für einen solchen bedauernswerten Menschen ausreichen könnte, bleibt doch die Frage: Was wird mit den andern? Außer den 2008 Vollinvaliden gab es 1911 noch 5092 Unfallopfer, die ihre Erwerbsfähigkeit um 60 und mehr Prozent eingeblendet hatten. Wer die Rechtsprechung in Unfallsachen kennt, der weiß: Diese Leute sind fertig! Wer 60 und mehr Prozent Unfallrente bekommt, der hat als Arbeiter aufgehört, zu existieren; nur in den seltensten Fällen wird er noch einen kleinen Nebenverdienst neben seiner Rente finden. Die durchschnittliche Unfallrente zwischen 60 und 100 Prozent betrug aber nur 550 Mark jährlich oder rund 46 Mark pro Monat. Das bei der gegenwärtigen Leidung ein Mensch mit solch geringer Einnahme hungern muss, bedarf keines Beweises. Noch bedauerlicher ist jedoch eine andere Seite unserer Unfallversicherung. Von all den Verunglückten erhält überhaupt nur ein kleiner Teil eine Entschädigung. Es verunglückten im deutschen Bergbau:

1910 1911

Gesamtzahl der Verunglückten 111 641 114 669

Davon wurden entschädigt 12 155 12 213

Keine Entschädigung erhielten 99 486 102 456

Das sind 201 942 Unfälle, für die in den Jahren 1910/11 keine Entschädigung gezahlt wurde. Der Bericht weist dann zahlenmäßig nach, wie es den unfallverletzten und invaliden Arbeitern immer mehr erschwert wird, in den Genuss der „hohen Rente“ zu kommen.

Der Invalidenversicherung waren 1910 unterstellt 15 659 700 Personen, davon 4 803 300 weibliche. Es erhöhte sich ihre Zahl durch die Einbeziehung weiterer Berufsschichten in die Reichsversicherungsordnung ganz bedeutend. Das Vermögen der Invalidenversicherungskassen hatte am Ende 1911 die Höhe von 1 759 862 074 Mf., also über 1½ Milliarden Mark erreicht. Ein starker Gegensatz zu diesem Reichtum steht aber die Armutigkeit der Versicherungsbehörden. Die gesetzliche Bestimmung, dass Invalidität erst dann vorliegt, wenn der Rentenanwärter nicht mehr ein Drittel des gewöhnlichen Lohnes verdient, wird von der Versicherungsbehörde mit übertriebener Schärfe durchgeführt. Das ist mit der Zeit nicht besser, sondern schlimmer geworden und es ist geradezu empörend, wie von den „Betriebsausbürgern“ der Begriff der Invalidität oft ausgelegt wird. So spricht auch die Versicherungsbehörden von Anfang an mit der Gewährung von Renten und der Regierung waren sie noch zu hoch. Sie löst seit 1904 in Verbindung mit dem Reichsversicherungsamt „Erhebungen“ veranstalten, indem eine Kommission alljährlich einige Bezirke bereitet und dort Nachprüfungen der Renten vornehmen. Die Folge dieser Tätigkeit ist immer, dass in jenen Bezirken einer Anzahl Invaliden die Rente entzogen wird und dass die Rentenbewilligungen stark zurückgehen. Welchen Umfang diese „menschenfreundliche“ Tätigkeit erreicht hat, ergibt nachstehende Tabelle:

Versicherungs- anstalt	Vor 1904 die Kommission	Vor 1911 der Bevölkerung	im Jahre vor der Bevölkerung	im Jahre 1911
Brandenburg	1904	10 005	7747	
Rheinprovinz	1905	13 608	9646	
Hansastädte	1905	2 225	1935	
Hannover	1906	7 107	4717	
Berlin	1906	5 250	4281	
Württemberg	1907	8 887	1962	
Niedersachsen	1908	8 778	8175	
Sachsen	1904	19 603	8599	
Sachsen-Anhalt	1904	8 557	6140	
Elsass-Lothringen	1910	8 489	8028	

Das ist praktische Sozialpolitik! Die Reichskommission wird auf ihrer Seite zwar auch einen tüchtigen Rahmen Geld festsetzen, jedoch bleibt wohl von den „geretteten“ Renten noch etwas übrig, um dem Misserfolgsfonds zugeführt zu werden. Denn die durchschnittliche Jahressrente für Invaliden betrug 1910 pro Kopf 176,98 Mf., so dass sich wohl ein Überschuss über die Ressourcen der Rentenquellen ergeben dürfte.

Mit praktischer Sozialpolitik in der Invalidenversicherung wurden vor die Schiedsgerichte gebracht im Jahre 1911 durch Berufungen 27 569. Davon wurden zugunsten der Versicherten entschieden 18,7 Prozent, zu ihren Ungunsten 81,3 Prozent. Von den 6929 Revisionen wurden vom Reichsversicherungsamt 98 nur 15 Prozent zugunsten der Invaliden erledigt.

Alles in allem: Weder der Arbeiterkampf, noch die Arbeiterversicherung kann uns zutriedenstellen. Die wenigen guten Beispiele der sozialen Gesetzgebung werden von der Rentenbureaukratie zum großen Teil wieder zunichte gemacht. Die Arbeiterschaft wird noch große Anstrengungen machen müssen, bevor ihre sozialen Forderungen in Erfüllung gehen.

Der Bericht schildert ferner die unselige Arbeiterschaftsplattierung, die nur den Arbeitersfeinden zugute kommt und die Durchführung der berechtigten Arbeitersforderungen aufhält. Das habe sich auch bei den letzten Kämpfen im Bergbau gezeigt. Noch im Herbst 1911 erklärte Efferl in einer Sitzung der Vorstände der Bergarbeiterverbände, dass nach der Reichstagswahl, namentlich wenn es in England zum Streik käme, die Sachlage günstig wäre und sie sich an einer Lohnbewegung beteiligen würden. Trotzdem hätten die Führer der „Christlichen“, als es ernst werden sollte, ein gemeinsames Vorhaben abgelehnt, den Streikbruch organisiert und nach Polizei, Militär und Maschinengewehren gerufen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück habe am 15. Jan. 1912 im Reichstag bestätigt, dass er nach Ausbruch des Märzstreiks 1912 täglich ganze Säcke von Depeschen erhalten habe, in denen um besseren Schutz der Streikbrecher, um Entsendung von Militär gebeten werde. Wörtlich heißt es dann in dem Bericht (Seite 92 und 93):

Die schlimmsten Schärmacher und Arbeitersfeinde können unmöglich mehr heren und schwippen gegen die um bessere Existenz ringende, geknüpfte und gebüttelte Arbeiterschaft, als es diese sogenannten „christlichen“ Arbeitersührer getan haben. Ihr blinder Hass gegen die freie Arbeiterschaft und deren Führer kann von niemand übertragen werden. Ihr Verbrechen an der Arbeiterschaft ist riesengroß und unverzeihlich. Denn ihr Schlag traf nicht nur die streikenden Bergarbeiter, sondern durch dieses empärrische Trauerspiel der von den „Christensführern“ herausbeschworenen Zerstörung der Arbeiterschaft, die nur den schlimmsten Ausbeutern und Arbeitersfeinden zugute kommt, ist die kämpfende, vorwärts drängende Arbeiterschaft aller Richtungen

In dem Proletariat erblickt er lediglich Arbeitssklaven und Ausbeutungsobjekte für die Herrschenden, den Kulturdünger und Nährboden, aus dem die höheren Menschen hervorgehen, und nur die vom Geiste des Moralismus durchdrungenen Sozialideologen wollen es durch künftliche Mittel verhindern, dass der Daseinskampf seine ausleitende Wirkung äußert.

Dieser rein mechanistischen Auffassung widerspricht zunächst die Erfahrung des täglichen Lebens. Der Kapitalismus bedeutet wahrlich keine Auslese der Besten und keine Verbesserung des Menschenvergleichs. Es hängt zum großen Teil von äußerer Umständen ab, wer im Kampf ums Dasein oben bleibt oder wer unter sinkt: manchmal ist es wirklich der Tüchtigste, der emporkommt, manchmal ist es der Besitzer des rücksichtlosesten Schlägers, manchmal das große Maul, manchmal die gewissenlose Schläue, manchmal die Geduld, manchmal die Fleißigkeiten, manchmal die Bedürfnislosigkeit — aber nur in vereinzelten Fällen ist es der Beste und Schlechte, der den Sieg über die andern davonträgt. Nur auf dem Theater siegt die Eleganz, im täglichen Leben merkt man nichts davon. Man braucht gar kein fanatischer Gegner des Kapitalismus zu sein, man kann sogar seine Vorzüglichkeit und Erungenheiten in vollem Maße erkenne, dennoch aber wird man als ehrlicher Mensch einzuräumen müssen, dass er eine Unzahl törichter Elemente in Grund und Boden hinunter ruiniert und in zahlreichen Fällen durchaus minderwertigen Schwind in die Höhe gebracht hat. Millionen von Fähigkeiten und Begabungen in den Unterschichten werden jahraus jahrein im Stein ertröpfelt, während Dummkopfe und Schwundler, die in der Wohl ihrer Eltern recht vorzüglich gewesen sind, die höchsten berücksichtigten Stellen in der Gesellschaft einnehmen. Der Engländer Durley gibt dieselbe Tatsache drastisch Ausdruck, indem er die menschliche Gesellschaft mit einem Leicht vergleicht, auf dessen Oberfläche Leute herum schwimmen, die Schwimmkäppchen unter den Armen haben, und auf dessen Grunde Leute liegen, die Bleifingel und eiserne Ketten an den Beinen tragen. Und er stellt die Forderung auf: Sie mit den sozialen Schwimmkäppchen weg mit den Bleifingeln und eisernen Ketten! Gibt jedem die gleiche soziale Gelegenheit, damit er auf die Stelle in der Gesellschaft jagen kann, wohin er gehört! Diese Forderung, die jetzt im Sozialismus vorwiegend werden kann, muss sehr unterschreiten, der es mit dem Aufstieg der Menschheit nicht nimmt.

&lt;p

auch kolossal entmündigt werden. Die Massen der Arbeiter in allen Lagern schreien schon seit Jahren nach Einigkeit, ja, sogar die Verschmelzung mit den gegnerischen Verbänden wurde schon oft kategorisch von allen Richtungen verlangt... Der zurückliegende Arbeitnehmer sieht ein, daß dieser Bruderkampf den Arbeitern ungemeiner Schaden, hingegen einzig und allein den Ausbeutern nützt. Die Ausbeuter sind sich gegenüber den Arbeitern einig, trotz der verschiedenen gegenseitlichen politischen Richtungen, trotz der verschiedensten religiösen Anschaulungen. Aber die Arbeiter heißt man aus religiösen Gründen auseinander. Sie sollen nicht mit Anderen gläubigen verkehren oder mit anderen politischen Richtungen zusammenkommen oder zusammengehen...

Über die „christlichen“ sind selbst untereinander nicht einig. Sie bekämpfen und besiegen einander selbst. Der Zwist war so stark geworden, daß der Papst durch die bekannte Encyclika im Herbst 1912 eingriff... Die katholischen Fachabteilungen segnet er öffentlich. Hingegen den „christlichen“ Gewerkschaften rief er ernste, warnende Ermahnungen zu. Geduldet werden sie nur noch von ihm, erwünscht sind sie ihm nicht. Sie müssen also gut folgen, wenn sie nicht vollends verboten werden wollen. Das, was der Papst an den „christlichen“ Gewerkschaften zu tadeln hatte, war sicher nicht nur ihre Interessenzwieselföldigkeit, sondern wußt in der Hauptfache auch ihr früherer Materialismus in wirtschaftlichen Fragen. Sie sollen keine Unzufriedenheit unter den Schäfchen lüften, sollen keine Kämpfe gegen die Herren Ausbeuter führen, stattdessen unter den leichten oft sehr fromm sich gehäubten Leute sind Kirchenpatrone, Fürsten und Grafen, ja selbst Bischof und Geistliche! Kirchensklaven kannen sponnen mit ihren „christlichen“ Arbeitern in Konflikt, wenn diese sich nicht mehr mit erbärmlichen Hungersbußen abföhren lassen wollten. Dem soll vorgebeugt werden. Die „christlichen“ Gewerkschaften sollen nicht die Unzufriedenheit schüren unter den ausgebeuteten, entrichteten, von indirekten Steuern und Zölle fast erdrückten Arbeiterscharen. O nein! Das ist dem hohen Klerus nicht erwünscht, sondern die Arbeiter sollen schaffen, schwere Steuern zahlen, weiter hungern und das „Maul halten“. „Wer knecht ist, soll knecht bleiben“, sagte der bayerische Bischof v. Henle...

Die „christlichen“ Gewerkschaften werden also, wenn sie nicht vollends verboten werden wollen, zahmen werden müssen. Sie dürfen den Gott Mannum nicht mehr kränken, dürfen keinen ernsthaften Kampf mehr gegen das ausbeuterische Kapital führen. Aber gegen ihre frei organisierten Arbeiterscharen dürfen die „christlichen“ den geärgtesten Kampf führen. Dagegen ist noch kein hoher Klerus eingeschritten.

Der Bericht schildert, wie die Führer des „christlichen“ Gewerkschafts bei der Reichstagswahl im Januar 1912 mit „zu Großkapital Arm in Arm gingen“ gegen die Arbeiterpartei. In Sachenauten seien die Sekretäre des „christlichen“ Gewerksvereins im Wahlkreis Bodum von Versammlung zu Versammlung gefahren und hätten hier in der unflätigsten Weise heruntergerissen. Vor den schmutzigsten Mitteln sei man nicht zurückgeschreckt, um die katholischen Arbeiter in der schamlossten Weise gegen Sie aufzuhetzen. Die Motive, welche die „Christenführer“ zu diesen politischen Handlungen drängten und zur Organisierung des Massenstreiks veranlaßten, faßt der Bericht (Seite 95) recht treffend wie folgt zusammen:

„Gerade weil trotz der gewaltigen Hebe der „Christenführer“ die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie immer gewaltsamer angeworfen und weil bei der Wahl 1912 sogar 110 Sozialdemokraten und unter ihnen eine große Anzahl Führer der freien Gewerkschaften im Reichstage einzogen, gerade deshalb kannte die Bosheit der „christlichen“ keine Grenzen mehr. Der Hass nahm ihnen alle Bestimmung. Die Furcht, daß sie nun nicht als erfolgreiche Kämpfer, nicht als Vertreter der Noten sich ausspielen und beim Papst sich damit nicht anvertrauen könnten, trug hier sicher mit dazu bei, zum allerschärfsten Streich zu greifen, im Mußraum den schärfsten Bruderkampf, den Streikbruch zu proklamieren. Die ungeheuren Gerichtsprozesse und den verlorenen Streit und seine Folgen haben diese sich fälschlicherweise christlich nennenden Führer und ihre Helfershelfer auf den Gewissen. Von dieser ungeheuren Misserfolg können sie sich niemals wieder reinwaschen. Das können sie nie wieder gut machen.“

Nein, das können die „Christenführer“ nie wieder gut machen und mit Recht sagt der Bericht auf Seite 99: „Solange solche skrupellosen „edlen“ Seelen den Gewerksverein leiten oder eine Rolle spielen, ist leider keine Verständigung, keine einheitliche offene Taktik möglich.“

## Eine Schwarzgelbe „Volksfürsorge“.

Unter dem Vorsitz des langen Möller, der Exzellenz von Bradwede, tagte am 25. November v. Z. in Berlin eine „Vertretung“ aller „wahren Volks- und Arbeiterfreunde“, die sich in heikler Riedelschlacht abmühten, ihre „arbeiterfreundlichen“ Hirne abmarterten, um eine Arbeiterschöpfung zu vereiteln! Obwohl die Tagung schon Monate zurückliegt, ist uns erst jetzt ein stenographischer Bericht „zugeslossen“, aus dem wir deutlich ersehen, daß Junker, Scharmann, „Christenführer“ und Gelbenhäuptlinge durchaus einig sind, wo es gilt, die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft zu bekämpfen oder Schäpfungen derselben zu schädigen. Bekanntlich hat der letzte Gewerkschaftskongress beschlossen, eine Volksfürsorge zu errichten, um die organisierten Arbeiter vor der unverträglichen Ausschaltung durch die privaten Versicherungsgeellschaften zu schützen und sollte diese Versicherung schon am 1. Januar 1913 in Kraft treten, was aber wegen der vielen Schwierigkeiten durch die Regierung nicht geschehen ist. Bis dahin hätte kein „Volks- und Arbeiterfreund“ entdeckt, wie die Arbeiter durch die großen privaten Versicherungsgeellschaften geschöpft werden, keinem war es eingefallen, eine so notwendige Institution zu schaffen, wie es eine wirkliche Volksfürsorge ist, wie es ja auch niemand einfiel, weder Gewerkschaften noch Genossenschaften zu gründen, bevor es die verhaschten Sozialdemokraten taten. Erst dann kamen die „wahren“ Arbeiterfreunde und gründeten Gegenorganisationen, zerplitterten und schwächten die Arbeiter zum alleinigen Nutzen der kapitalistischen Ausbeuter. Um die von den freien Gewerkschaften ins Leben zu rufende Volksfürsicherung schon bei ihrem Beginn zu schwächen, um auch hier das Werk der Arbeitersplitterung wirksam zu betreiben, einigten sich Junker, Scharmann, „Christenführer“, Gelbenhäuptlinge und selbst die Hirsch-Dünkerschen Gewerkschaften. Den „edlen“ Zweck der Arbeitersplitterung durch eine Gegengründung zur Volksfürsicherung, der Gründung einer „nationalen Volksfürsorge“ diente jene Sichtung, und da finden wir in trauriger Harmonie vereinigt: Freiherr von Wangenheim, Häuptling des Bundes der Landwirte, neben Giesberts, Freiherr von Reischwitz, Chefredakteur der „Arbeitgeber-Zeitung“, neben Franz Behrens, Freiherr von Steinbitt und Graf Molte neben Becker-Arnberg, Dr. Zahnbrecher, Ehndius des bayerischen Metallindustriellenverbands zu Nürnberg, neben den Gelbenführern Hes-Essen, Gedamski-Bottrop und „ZG“ Fichtner-Waldburg. Blau, schwarz und gelb im trauten Bunde im Kampfe für die heiligsten Güter des Geldsacks, gegen die Arbeiterschaft!! Dabei haben sie auch hier wiederum bewiesen, daß sie unfähig sind, selbst eine Organisation zu organisieren, sondern sie beschärfen sich, wie bei ihrer bisherigen Tätigkeit, darauf, das nachzusäffen, was die freien Gewerkschaften vorgenommen haben.

Der lange Möller teilte in seiner Begrüßungsrede mit, daß außer den erlauchten Häuptern der „christlichen“ gelben Arbeiterschaft außer dem edlen Sohn von „Zacharias“ nebst Fabrikanten Gelben Heß und Fichtner, den Junkern und Scharmann,

auch noch 82 Regierungskommisare erscheinen seien, daß die Regierung somit den Arbeitern der Arbeitersplitter groÙe Bedeutung beimasse. Um jedoch eine lebenskräftige Konkurrenz von allen Richtungen verlangt... Der zurückliegende Arbeitnehmer sieht ein, daß dieser Bruderkampf den Arbeitern ungemeiner Schaden, hingegen einzig und allein den Ausbeutern nützt. Die Ausbeuter sind sich gegenüber den Arbeitern einig, trotz der verschiedenen gegenseitlichen politischen Richtungen, trotz der verschiedensten religiösen Anschaulungen. Aber die Arbeiter heißt man aus religiösen Gründen auseinander. Sie sollen nicht mit Anderen gläubigen verkehren oder mit anderen politischen Richtungen zusammenkommen oder zusammengehen...

Über die „christlichen“ sind selbst untereinander nicht einig. Sie bekämpfen und besiegen einander selbst. Der Zwist war so stark geworden, daß der Papst durch die bekannte Encyclika im Herbst 1912 eingriff... Die katholischen Fachabteilungen segnet er öffentlich. Hingegen den „christlichen“ Gewerkschaften rief er ernste, warnende Ermahnungen zu. Geduldet werden sie nur noch von ihm, erwünscht sind sie ihm nicht. Sie müssen also gut folgen, wenn sie nicht vollends verboten werden wollen. Das, was der Papst an den „christlichen“ Gewerkschaften zu tadeln hatte, war sicher nicht nur ihre Interessenzwieselföldigkeit, sondern wußt in der Hauptfache auch ihr früherer Materialismus in wirtschaftlichen Fragen. Sie sollen keine Unzufriedenheit unter den Schäfchen lüften, sollen keine Kämpfe gegen die Herren Ausbeuter führen, stattdessen unter den leichteren oft sehr fromm sich gehäubten Leuten sind Kirchenpatrone, Fürsten und Grafen, ja selbst Bischof und Geistliche! Kirchensklaven kannen sponnen mit ihren „christlichen“ Arbeitern in Konflikt, wenn diese sich nicht mehr mit erbärmlichen Hungersbußen abföhren lassen wollten. Dem soll vorgebeugt werden. Die „christlichen“ Gewerkschaften sollen nicht die Unzufriedenheit schüren unter den ausgebeuteten, entrichteten, von indirekten Steuern und Zölle fast erdrückten Arbeiterscharen. O nein! Das ist dem hohen Klerus nicht erwünscht, sondern die Arbeiter sollen schaffen, schwere Steuern zahlen, weiter hungern und das „Maul halten“. „Wer knecht ist, soll knecht bleiben“, sagte der bayerische Bischof v. Henle...

Der Bericht schildert, wie die Führer des „christlichen“ Gewerkschafts bei der Reichstagswahl im Januar 1912 mit „zu

politischer“ Arbeit leisten, indem er die Vertreter der staatlichen Behörden aufforderte, das sozialdemokratische Unternehmen nicht zu konfiszieren, weil der Staat Selbstmord betreibe, wenn er den Arbeitern eine Volksfürsicherung gestatte, die von ihnen verlangt wird und der Arbeiter nicht allein dien! Nach Wangenheim sprach der „christlich-nationale“ Becker-Arnberg, Vertreter des Gewerkschaftsverbandes „christlicher“ Streikbruchgewerkschaften Deutschlands:

„Meine Herren! Ich fühle mich im allgemeinen nicht als Regierungskommisar, möchte aber auf einige Bemerkungen des Herrn Vorredners erwidern, daß ich nicht würde, mit welchen Gründen die Regierung oder das Reichsamt für Volksfürsicherung die sozialdemokratische Volksfürsorge ablehnen könnte; gelegliche Gründe dafür scheinen mir nicht zu bestehen... Wir stehen einer Tatsache gegenüber, der Schaffung einer Einrichtung von sozialdemokratischer Seite, die einen doppelten Zweck hat, einmal eine billige Volksfürsorge zu geben, aber, was meines Erachtens das schlimmste ist, für die sozialdemokratische Partei eine Einrichtung zu schaffen, die gefährlicher ist als alles bis jetzt von der Sozialdemokratie geschaffene. Das ist in der Debatte etwas zu wenig zum Ausdruck gekommen. Die sozialdemokratische Volksfürsicherung wird populär werden, die Akquisition und das Infuso werden billig, und das ist bei einer Volksfürsicherung das allererste. Dann ist die Versicherung eine Wohlfahrtsanstalt; das läßt sich nicht ableiten, das wird sich im Laufe der Zeit auch bald zeigen. Die breite Masse wird die Tätigkeit der sozialdemokratischen Organisation fühlen und wird ihr zustreben, wenn den Leuten nichts anderes geboten wird; nicht bloß die Arbeiter, sondern auch der kleine Mittelstand geht dahin, wo ihm etwas geboten wird. Das wichtigste und gefährlichste der sozialdemokratischen Volksfürsicherung ist, daß die darin tätigen Leute zu gleicher Zeit für ihr Ideal arbeiten (Partei, Gewerkschaft), und wenn Sie der sozialdemokratischen Organisation etwas Gleichwertiges entgegensetzen wollen, müssen Sie sie eben, die für die nationale Volksfürsicherung tätig sind, in den Stand setzen, gleichzeitig für Ihr Ideal zu wirken.“

„Im allgemeinen“ fühlt sich dieser „christlich-nationale“ Arbeitersführer nicht als Regierungskommisar, sondern nur in speziellen Fällen, wenn es sich darum handelt, Vorteile für die Arbeiterschaft zu hinterbreiten. Becker findet die freigewerkschaftliche Volksfürsicherung für sehr gut, sieht ein, daß sie billig wirtschaftet und den Versicherten mehr bieten kann, wie eine Privatversicherung, aber just deshalb, weil sie gut ist, weil sie den Arbeitern etwas bietet, darum bekämpft er sie! Wie Becker, so fand auch Behrens die Einrichtung gut und billig. Er führte aus:

„Wollen wir der sozialdemokratischen Sache etwas entgegensetzen, dann spielt die Bezeichnung dabei die erste Rolle, und der materielle Vorteil die zweite. Was haben die Sozialdemokraten? Den Vorsitzenden ihrer Anhänger als Monopolgebiet; sie haben vorzüglich organisierte und geschulte Vertrauensmänner, eine gute Organisation, die tadellos funktioniert. Die Sozialdemokratie hat das Parteiinteresse mit materiellen Vorteilen verbunden... Soll Vorörde getroffen werden, daß die Sozialdemokratie diese Vorteile nicht ausnutzen kann, dann bleibt nur übrig, durch Reichsgesetz eine Reichsmonopolgesellschaft zu bilden und jede andere kleine Versicherung bis zu 2000-3000 Mark zu verbieten. Aber dafür tragen wir keine Mehrheit. Aber das wäre die einzige Möglichkeit, um der Sozialdemokratie die kleine Lebensversicherung als Mittel zu politischen Zwecken auszuspielen, zu nehmen. Ich rede mit Tatfachen. Tatfache ist: wir werden wahrscheinlich die Reichsregierung nicht bereit finden, ein solches Gesetz vorzulegen, auch keinen Gleichgesetz haben, der es annimmt.... Es genügt nicht, eine Versicherungsgesellschaft zu schaffen, die etwas mehr bietet als die Sozialdemokratie. Lediglich mit materiellen Vorteilen macht man nichts. Es ist nicht entscheidend das bilden, was der Versicherungsnachmeister mehr oder weniger bekommt, sondern in erster Linie steht, was man außer den Prämien hineinlegt, nämlich das persönliche Interesse an der Volksfürsicherung, also die kleinen Werte sind es, die die Freude bringen. Deshalb meine ich, die zu errichtende Zentralgesellschaft oder nationale Volksfürsicherung muß so organisiert sein, daß die Träger der Versicherung die Arbeitersorganisationen sein können, und daß jede Arbeitersorganisationrichtung der Träger des Gedankens für ihre eigenen Kreise ist. Unter diesen Gesichtspunkten wird auch eine Verständigung möglich sein.“

Weiter betonte Behrens, daß man die freien Gewerkschaften wohl als ein Werk bezeichnen könne, dennoch müßte man große Achtung haben vor der von ihnen organisierten Selbsthilfe, wenn man an die Millionen dächte, die durch sie von den Arbeitern für die Arbeiter aufgebracht wurden. Ein „Arbeiter“, ein Gärtnergehilfe, der in der Rolle eines Judas bis zum „Volksvertreter“ emporgetragen ist, empfindet die Arbeitersorganisationen als ein Werk und doch muß er wieder staunen, was diese Organisationen alles leisten troß der Bekämpfung durch Behrens, dessen Lebenszweck es ja ist, die moderne Arbeiterbewegung zu verleumdern, zu schädigen, weil er sie nicht vernichten kann.

Von den Gelben sprachen „ZG“, Fichtner, Gedamski und Heß, von denen wir einige Sätze der beiden ersten hier wiedergeben. So führte ZG, Fichtner, aus:

„Meine Herren, ich vertrete Niedersachsen; in Niedersachsen ist meine Organisation die führende; die größte; sie hat die sozialdemokratische Organisation um einige Nasenlangen, andere Organisationen bereits weit überholt. Der Einfluß meines Verbands erstreckt sich auf circa 50 bis 80 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung, weil die übrigen Arbeitersorganisationen mit uns auf ziemlich freundlichem Boden stehen. Es wäre Selbstmord, wenn wir zuschauen, daß die Minorität durch ihre Tatkraft uns überwältigt und uns jede Agitationsmöglichkeit für die Zukunft abschneidet. Es ist so, wie der Reichstag abgeordnete Becker gesagt hat: wenn die Leute erst in der sozialdemokratischen Versicherung sind, dann ist es unmöglich, sie durch irgendwelche Vernunftgründe an uns heranzuziehen; die wirtschaftlichen Interessen, die langjährige Versicherung werden die Leute festhalten und uns die Arbeit erschweren...“

Zum zweiten wurde über die Organisation gesprochen, die ich zu vertreten habe; es wurden abfällige Neuerungen des Herrn Stadtverordneten Goldschmidt laut. Meine Herren, ich bin der Meinung, wir unterhalten uns heute über Gewerkschaftsorganisationen. Wenn Herr Goldschmidt vielleicht dazu veranlaßt war durch die Niederlage bei der Reichstagswahl, die ihm die nationale Arbeiterschaft bereitet hat, dann, bitte ich, nehmen Sie das als den Ausdruck persönlicher Verärgerung, aber nicht als Tatfache! Wer sich über die nationale Bewegung informieren möchte, dem seien meine Freunde dort und ich jederzeit zur Verfügung.“

Während ZG, Fichtner, dem Vertreter der Hirsch-Dünkerschen die gelbe Meinung sagten, strich Gedamski, das frühere Vorstandsmitglied im „christlichen“ Streikbruchgewerkschaft, Behrens und seine schwarz-gelben Kumpels etw as gelb an:

„Herr Behrens hat ausgeführt, die Sozialdemokratie habe geschulte Agitatoren. Auch die bürgerlichen, die christlichen Gewerkschaften könnten gute, geschulte Agitatoren haben. Warum haben sie es nicht? Ich will Namen nicht nennen; aber bei den christlichen Gewerkschaften, nämlich bei den Bergarbeitern, sind Herren, die sich so hoch auf das Pferd legen. Meine Herren, Sie möchten hören, was die Leute sagen, wenn ein Gewerkschaftsführer von der Seite ansieht. Ich möchte wünschen, daß sie sich in den christlichen Gewerkschaften Bergarbeiter besser mögeln, um den Arbeitern so viel wie möglich die Hand zu reichen...“

Bessern sollen sich die „christlichen“ Streikbruchführer, sollen vom hohen Pferd heruntersteigen und den Arbeitern die Hand reichen, dann will Gedamski tatsächlich mit sich reden lassen. Das wird er nicht eher erleben, als bis die Bergleute selbst zur Vernunft gekommen sind und die Streikbruchführer mit Schimpf und Schande davonjagen. Ihre Tätigkeit ist, wie es sich hier erneut bestätigt, die Arbeiter zu unterdrücken! Und die freien Gewerkschaften gut fürs Reich zu schützen. Weil die freien Gewerkschaften gut fürs Reichsstaats für die Arbeiter leisten, helfen die Streikbruchführer die „christlichen“ Streikbruchgewerkschaften, um die Erfolge der freien Gewerkschaften bereitstellen zu können; weil die freien Gewerkschaften vorzüglich verarbeitet werden, für die Arbeiter

Bedenkendes leisten, darum gründete man „christlich-nationale“ Konsumvereine, um die freien Genossenschaften zu schwächen, den Erfolg für die Arbeiter zu schwächen, und weil die freie Volksversicherung vorsätzlich aufgebaut ist, gründen die Streikbruchführer und Vereine mit den Junkern und Scharfmachern eine „nationale“ Volksfürsorge. Überall dasselbe Streben: Die Arbeiterschaft zu schädigen, den Geldsaal der Ausbeuter zu schützen!

## Wie die „christlichen“ Streikbruchagitatoren das Maul aufreißen.

Mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Arbeiterschaftsbestimmungen im Reichstagsgesetz beschloß am 26. Januar eine Verbrauchermännerkonferenz des Bergarbeiterverbandes einen allgemeinen Kaliarbeiterkongress baldigst einzuberufen, um den Reichstag bei einer Neuregelung des Kaligesetzes die Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten. Kaum war dieser Beschluss bekannt geworden, kam auch der „christliche“ Streikbrucherverein her und berief auf eigene Faust eine Konferenz ein und formulierte entsprechende Forderungen. Zu einem Kongress langte es bei den Streikbruch-„christen“ nun freilich nicht, deshalb begnügte man sich damit, ein Bäckerdubek-Streikbrecheragenten anzunehmen zu trömmeln, und das nannten sie dann „Konferenz der Kaliarbeiter“. Kein Mensch hat erfahren können, wie diese „Konferenz“ zustande gekommen ist, man verschweigt auch vorsichtigerweise die Zahl der Teilnehmer, die Geschichte hätte für die Öffentlichkeit doch wohl auch gar zu lästig ausgeschoben. Was an Teilnehmern an der Konferenz nicht vorhanden war, um den Forderungen der Arbeiter die nötige Wucht zu geben, das suchte man mit recht viel Tantam in der Presse welt zu machen. Über so mangelhaft die „Konferenz“ war, so mager und mangelhaft vorbereitet sind auch die mit grohem Tantam angeläufigten Forderungen. Es lobte sich kaum, auf diese Forderungen einzugehen. Bei der geringen Zahl der Streikbrecheragenten, die hinter diesen Forderungen stehen, könnten wir die ganze Komödie auf sich berufen lassen, wenn nicht die „christlichen“ Streikbruchführer fortgesetzt in den Kaliwerken herumzögern und in Wort und Schrift den Kaliarbeiter erzählen wollten: Seht, der „christliche“ Streikbruchgewerbeverein war der erste, er hat es wieder gemacht, aber dabei offenbar diese Leute eine geradezu bemitleidenswerte Unkenntnis der Materie. Wenn wir dennoch auf die „christlichen“ Forderungen eingehen, so geschieht das nicht um ihrer Bedeutung willen, sondern um zu zeigen, wie wenig man die Materie dort kennt und wie gefährlich die „christlichen“ Streikbruchsekretäre selbst das mangelhafteste Ding gedankenlos nachplappern.

Dass der „christliche“ Streikbruchgewerbeverein seiner Regelung eine recht große Bedeutung geben möchte, schenken wir ihm. Man braucht nur den Kongress des Verbandes zu betrachten und damit die sogenannte „Konferenz“ der Streikbruch-„christen“ zu vergleichen. Der Kongress des Verbandes, von 181 Delegierten und zahlreichen Gästen besucht, die Delegierten von den Belegschaften in freier Wahl öffentlich gewählt und als Vertreter gesandt, bei den Streikbruch-„christen“ ein Bäckerdubek zusammengetrommelt, die wie ein Mauerblümchen im Verborgenen zu des „sympathischen“ Stegers Weisheit voll genutzt haben. Dieser Vergleich zeigt jedem, welcher Veranstaltung das größere Gewicht zukommt.

Wir sind objektiv genug, anzuerkennen, dass es weniger auf die Veranstaltung, als auf den Gehalt der Forderungen ankommt, obwohl immerhin schon hinter Forderungen auch die Arbeitermaße stehen muss. Waren aber die Forderungen der Streikbruch-„christen“ im Interesse der Kaliarbeiter praktisch und gut durchdacht, so ständen wir nicht an, die Forderungen für die Kaliarbeiter zu akzeptieren. Wie sehen nun die Forderungen der „christlichen“ aus?

Der § 13 des Reichstagsgesetzes bestimmt, dass Kaliwerke, bei denen der Durchschnittslohn für die einzelnen Arbeiterklassen unter den Durchschnittslohn der Jahre 1907—1909 sinkt, eine Erhöhung der Beteiligungsgröße um mindestens 10 Prozent zu gewähren haben; dasselbe gilt, wenn die 1907—1909 übliche Arbeitszeit verlängert wird. Der Gesetzgeber hat also den Arbeiterklassen den Durchschnittslohn der Jahre 1907—1909 sichern wollen durch das Strafmittel der Quotenkürzung für die lohnfallenden Werke. Es ist aber zu beachten, dass erstens den Arbeitern ein Klagerecht auf den gefürchten Lohn nicht zusteht, da zweitens die Verteilungsstelle ein Mittel, die Werke zur Nachzahlung des Lohnes zu zwingen, nicht hat und das drittens das Strafmittel der Quotenkürzung die Werke wenig oder garnicht, die Arbeiter aber enorm schädigen kann und auch schon geschädigt hat. Hierzu beantragt nun der „christliche“ Streikbruchgewerbeverein:

Durch das Gesetz zu bestimmen, dass der Durchschnittslohn der Kaliarbeiter in den einzelnen Klassen mindestens den Durchschnittslohn der letzten drei Kalenderjahre erreichen muss.

Zunächst stellen wir fest, dass sich diese Forderung der Streikbruch-„christen“ nur auf die eigentlich Bergarbeiter bezieht, das Schicksal der Fabrik- und Tagesarbeiter scheint dem Streikbruchgewerbeverein Schnuppe zu sein. Ist die Forderung nun eine Verbesserung? In der Begründung wollen die Streikbruchagenten damit eine periodentweise Steigerung des Lohnes erreichen. Das sieht sehr schön, die Wirkung wird aber eine andere sein. Eine derartige Bestimmung im Gesetz festgelegt, wird für die Werksbesitzer ein Anlass sein, dafür zu sorgen, dass der Durchschnittslohn ja nicht über die Jahreslöhne von 1909 bis 1912 hinausgeht. Schon heute kann man auf allen Kaliwerken sehen, wie sich jede einzelne Werksverwaltung bemüht, die Löhne ja nicht über diejenigen der anderen Werke hinausgehen zu lassen. Eine Garantie auf eine periodentweise Steigerung des Lohnes bringt diese Forderung nicht, wohl aber kann sie für die Arbeiter noch der angegebenen Richtung recht gefährlich werden. Wollte man den Arbeitern eine periodentweise Steigerung des Lohnes gönnen, so hätte man fordern müssen, dass in bestimmten Zeiträumen eine bestimmte prozentuale Zuwachsrate einzutreten hat.

Der Streikbruchgewerbeverein lebt aber sicher, dass eine derartige Forderung kein Aussicht auf Annahme hat und deshalb ließ er den freizügigen Berg ein Mäuselein gehägen, das absolut keine Verbesserung bringt. Es darf aber nicht nur theoretisch für die Arbeiter ein bestimmter Lohn gefordert, sondern es muss auch den Arbeitern ein Rechtsanspruch auf diesen Lohn gegeben werden und zwar durch Klagegerecht. Aber dieser Rechtsanspruch, der es den Arbeitern erst ermöglicht, wirklich in den Genuss des ihm gerecht zustehenden Lohnes zu kommen, gewährt die Forderung des „christlichen“ Gewerbevereins den Arbeitern nicht und ist die Forderung auch aus diesem Grunde für die Arbeiter nichts wert. Die Forderung der am dem Konkurrenz beteiligten Verbände will den Arbeiterklassen den Durchschnittslohn vom Jahre 1911 zugleich 10 Prozent als Mindestlohn garantieren und den Arbeiterschaften wie auch jedem Arbeiter das Klagerecht sichern und somit ist die Forderung der Verbände für die Arbeiter eine bessere Sicherheit als die des Streikbruchgewerbevereins.

Wie wenig die „christlichen“ die Verhältnisse durchdacht haben, beweist auch ihre Forderung bezüglich der Arbeitszeit.

„Gesetzliche Einführung der achtfündigen Schicht für alle unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter inkl. Ein- und Aussatz.“

Bei einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius und bei wässriger Arbeit sechsständige Schicht.

Die übrigen Forderungen beziehen sich auf die Überlagsarbeiter sowie Neben- und Hebeschichten.

Der „christliche“ Streikbruchgewerbeverein will also selbst bei 25 und mehr Grad auch die sechsständige Schichtzeit noch zu lassen! Wir erinnern daran, dass die Allgemeine Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtssbezirk Clausthal und auch andere Bergpolizeiverordnungen im § 280 Abs. 2 bei mehr als 25 Grad Celsius schon die vierständige Arbeitszeit festlegt. Die Forderung bedeutet also in dieser Hinsicht tatsächlich eine Verfehlung für die Kaliarbeiter. Eine souveräne Arbeiterversetzung, die den Kaliarbeiter in dieser Weise noch das Arbeitsverhältnis verschlechtert will!

Die gleiche Unkenntnis der Materie zeigt der Streikbruchgewerbeverein in seiner Forderung zum § 19 des Kaligesetzes. Er fordert die glatte Beibehaltung des iesigen § 19, Erziehung des den Arbeitern entstehenden Einnahmeausfalls, wenn Arbeiterschaftsübertragung beschäftigungslos werden oder eine Verminderung ihres Arbeitsverdienstes erleiden. Nur will er, dass diese Entschädigungspflicht auch auf die entlassenen Arbeiter ausgedehnt wird, die wegen Quotenkürzung (§ 18) beschäftigungslos werden.

Die Streikbruchorganisatoren scheinen nicht zu wissen, dass auch infolge Quotenaustausch Arbeiter entlassen werden können und schon entlassen worden sind und dass diese Arbeiter keine Entschädigung zu beanspruchen haben aus § 19. Auch für diese Arbeiter muss die Entschädigungspflicht gefordert werden. Ferner scheint es diesen Arbeiter „führern“ unbekannt zu sein, dass die jeweils Fassung des § 19 die entlassenen Arbeiter enorm schädigen kann. Die Entschädigungspflicht aus § 19 tritt nämlich nur ein, wenn die arbeitslosen Arbeiter eine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeitsgelegenheit nicht finden, und ferner wird nur der Lohnausfall entschädigt. Die Kaliwerke brauchen nur den entlassenen Arbeitern aus Hannover in Elsaß-Lothringen oder sonst in einem entlegenen Winkel Arbeit nachzuweisen, die Werke sind dann der Entschädigungspflicht enthoben und der Arbeiter hat mehr an Umgangskosten zu bezahlen, als er vielleicht am Lohnausfall entshädigt wird. Hier muss unbedingt gefordert werden, dass dem Arbeiter der ganze durch die Entlassung verursachte Schaden (Umgangskosten) ersetzt wird.

Den schönsten Gaukelstreich aber haben sich die Streikbruch-„christen“ mit ihrer Forderung zur Sicherung des Koalitionsrechtes geleistet. Sie fordern, den § 152 der Gewerbeordnung zu ändern. Wenn es auch Herr Höller, als Vorsitzender dieser Schuttruppe der Grubenkönige nicht weiß, die Parlamentarier Behrens und Embusch sollten es aber wissen, dass sich der Reichstag niemals darauf einlassen wird, bei Beratung des Kaligesetzes die Gewerbeordnung zu ändern.

Diese Proben zeigen deutlich, wie es mit der Kenntnis der Kaliarbeiterverhältnisse und der praktischen Wirkung des Kaligesetzes beim Streikbruchgewerbeverein bestellt ist. Nichtsdestoweniger gehen die Leute hin und gucken den Arbeitern vor, dass sie es seien, die die Interessen der Kaliarbeiter am wirksamsten vertreten. Mit einer Niederhebung sondergleichen spielen sich die Hölzerhölzer des Grubenkapitals dummkopfisch als die „einfach wahren“ Arbeitervertreter für die Kaliarbeiter auf. In Wirklichkeit guckt man den Kaliarbeitern einige Forderungen vor, die in ihrer praktischen Wirkung den Kaliarbeitern garnicht nützen und nicht einmal durchführbar sind. Die „christliche“ „Konferenz“ und ihre Anträge sind die Einleitung zu einer Behrens-Komödie im Reichstage, um mit nichtssagenden Forderungen den Kaliarbeitern blauen Dunst vorzumachen und wirklich praktische Forderungen wieder niedergutramponieren.

## Schon wieder ein „glänzender Erfolg“ im „christlichen“ Streikbruchgewerbeverein.

Die „einzige richtige und wahre“ Bergarbeiterorganisation unter der Führung der in Sturmeweltern erprobten, kampf- und liegengewohnten Streikbruchorganisationen hat im Jahre 1912 nicht allein den „glänzenden Sieg“ über die Bergarbeiterkraft erfochten und damit den schwerreichen Kohlenbaronen unzählige Millionenprosite gesichert, sondern auch in anderen Revieren haben sie „glänzende Erfolge“ aufzuweisen. Im Saarrevier haben sie über sich selbst gesiegt und jetzt berichtet aus dem Siegerland der „christliche“ Generalsekretär Sauer im „Volk“ vom 5. April über folgende „Erfolge“:

„Die Lage der Bergarbeiter im Siegerlande hat sich im letzten Jahre noch nicht als einer Seite hin verschlechtert. Ein kleiner Rückblick zeigt uns, dass es anfangs des Jahres 1912 idem, als wolle man den Bergleuten ihren Anteil an der aufsteigenden Konjunktur zuwenden lassen. Der Gesamtlohn im Berg trat im ersten Quartal 1912 um 16 Pf. pro Mann und Schicht. Der Lohn für Bauer und Lehrlauer stieg von 4,50 M. im letzten Quartal 1911 auf 4,66 M. im ersten und 4,82 M. im zweiten Quartal 1912 oder um 32 Pf. Es gab damals Leute genug, welche diese Lohnsteigerung als durch die gute Konjunktur veranlasst hinnahmen. Tatsächlich es auch, als haben diejenigen recht. Eine gute Organisation mag etwas sein für alle übrigen Stände und Berufe (wie natürlich nicht bösig genug sind, sich „christlich“ zu organisieren). Red. der „B.-Z.“, die Siegerländer Bergarbeiter brauchen keine, so hat wohl mancher gedacht. Doch das Schicksal jährtet schnell. Die Organisationsbeiträge werden „gespart“ und eine Erhöhungslösung nach der anderen richten sich die Bergleute gefallen lassen. Heute treten wir den Beweis dafür an, dass die Lohnsteigerung anfangs 1912 nur auf die Tätigkeit des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter zurückzuführen ist. Ende 1911 ging durch die Arbeiterschaft die Klage, dass trotz der aufsteigenden Konjunktur die Löhne nicht gestiegen seien. Die Siegerländer Handelskammer erklärte, die Privatindustrie nehme freiwillig keine Lohnsteigerung vor. Unsererseits setzte schwärmere Agitation ein. Hunderte von Bergleuten traten dem Gewerbeverein bei. Die Löhne stiegen dann, wie obige Zahlen beweisen, für Bauer und Lehrlauer um 32 Pf. pro Mann und Schicht. Die unfreiwillige Lohnsteigerung trat also ein, obgleich die Grubenverwaltungen sich sträubten, mit dem Hinweis, dass die erhöhten Erzpriesse erst im zweiten Halbjahr in Kraft treten.“

Mit dem 1. Juli kam dann die Preiserhöhung für Eisenstein. Ein Teil der Bergleute glaubte nun, jetzt sei aber bestimmt die Organisation überflüssig, die Löhne würden schon weiter steigen, wie bisher. Auffallt den Gewerbeverein weiter zu stärken, die nach Aufstrebenden zu gewinnen, wollte man die 40 Pf. wöchentlich Beitrag „sparen“. Der Dank dafür? Es war im zweiten Halbjahr trotz der erhöhten Preise und trotz des flotten Absatzes nur mehr eine Lohnsteigerung von 12 Pf. zu verzeichnen. Die Beiträge in die Organisation waren „gespart“ und an Lohnsteigerung waren im zweiten Halbjahr bei erhöhten Eisensteinpreisen 20,80 M. weniger zu verzeichnen, als im ersten Halbjahr bei den niedrigeren Preisen. Die Grubenbesitzer sind kluger als die Bergleute. Angesichts der glänzenden Geschäftslage erhöhten sie die Preise erneut. Die Löhne der Arbeiter aber hat man vom dritten aufs vierte Quartal rechniert.

Wenn wir früher in unserem Vereinsorgan und der arbeiterfreundlichen Tagespresse Missstände kritisiert, sahen sich die einzelnen Verwaltungen veranlasst, einzutreten und Wohlfahrt zu schaffen. In letzter Zeit scheint man aber einen anderen Weg einzuschlagen zu wollen. Die öffentliche Kritik faulter Zustände wird nicht gern gesehen. Anstatt nun durch Befriedigung der Mängel den Arbeiter den Boden zu entziehen, kommen verschiedene Grubenverwaltungen her und verbieten den Arbeitern, über Gewerbevereine etwas an andere zu berichten. Dieses Vorgehen richtet sich von selbst. Glauben die Bergarbeiterungen etwa, durch solche Maßnahmen die Arbeiter- und arbeiterfreundlichen Vereinen an zu tönen, indem sie ihnen ein-

Schloss vor den Mund hängen? Wenn die heisige Arbeiterschaft auch noch als gutgestellte, aufrichtige bezeichnet wird, so werden alle Vorgänge auf die Dauer doch nicht zu ertragen sein und eines schönen Tages dem Jahr den Boden ausschlagen. Alle diese Dinge sind aber so recht geeignet, dem leichten Körner zu öffnen. Erst glänzender Konjunktur Lohnsteigerung. Erst Verfehlung der Gewerbeordnung um 25—30 Prozent gegen 1907 noch niedrigere Löhne wie damals. Dazu kommt eine derartige Bevormundung, ja Zwang, wie oben geschildert, dass sich dieses auch die heisige Arbeiterschaft auf die Dauer nicht widerspruchlos gefallen lassen wird.

„Trotzdem die glänzende Konjunktur schon über zwei Jahre besteht“, haben die Arbeiter keinen entsprechenden Anteil am Mehrertrag ihrer Arbeit erhalten, schreibt das „Volk“ weiter. Das Behrensorgan überführt damit die Streikbruchorganisationen der Lüge, die behaupteten und noch behaupten, die Konjunktur sei im Vorjahr zur Führung eines Lohnkampfes zu ungünstig gewesen. Seit über zwei Jahren war die Konjunktur eine glänzende, das muss selbst das Behrensorgan zugeben. Der Märzstreit 1912 wurde danach in denktar günstiger Zeit begonnen und wäre, wie selbst die „Welt“ schrieb, gewonnen worden, wenn die „Christenführer“ nicht den Massenstreik organisiert und mit Hilfe von Militär und Maschinengewehren den sonst sicheren Erfolg vereitelt hätten.

Das Siegener Neujahr ist das einzige, wo heute die Löhne, sowohl im Durchschnitt als auch diejenigen der Hauer, niedriger stehen als 1907. Siegen ist die Hochburg der „christlichen“! Schon vor zehn Jahren führte Brust hier seinen Rechengewerbeverein ein, bereiste das „neu eroberte“ Land in eleganter Wagen der zweiten Klasse per Bahnhof. Siegen ist der Hauptsitz der „christlich-sozialen“ Partei in den Reichstag und in Siegen feiert Blumenfräulein seine Triumphfeier. Im Vorstand des Siegerländischen Grubenbestverbandes sitzt Franz Behrens, Generalsekretär a. D. im Bechen- und Streikbruchgewerbeverein, und in Siegen sind die Arbeitsverhältnisse am schlechtesten! Unter August Brust sank der „christliche“ Gewerbeverein zum Rechengewerbeverein herunter, unter der „größten Führung von Behrens“ wurde dann der Rechengewerbeverein ein Streikbruchgewerbeverein und die Mitglieder, die 1911 noch „in Scharen“ dem Rechengewerbeverein antraten, flüchteten 1912 aus dem Streikbruchgewerbeverein, während Behrens das sinkende Streikbrecher Schifflein verlassen hat, um nicht verschlungen zu werden von der Brandung, in die er hineingesegelt ist. Wir wünschen dem Streikbrecher Schifflein auf der Reise in den Abgrund „gute Brote“!

## Bölkowirtschaftliche Rundschau.

### Die „verfluchte“ Finanzreform.

Die unter fleißiger Mitwirkung der „christlichen“ Streikbruchführer vom „glorreichen“ Renten- geschaffene Reichsfinanzreform, die finanzhundertmillionenraub am armen Volke machte jetzt selbst den Rentenbauern Kopfschmerzen und sie fangen zu rebellieren an. In der kaltschlächtigen „Rundschau“ in Warendorf schreibt ein Rentenquittbezettel in Nr. 75 über die „neue Taktik“ des Renten:

„Sicher weiß ich, dass die „Taktik“ des Renten auf die Dauer unsere Partei ruiniert. Mit der verfl... Finanzreform fing die Geschichte an. Herzog (der Provinzialvorsteher des Rentenpartei für Westfalen) holt nach seinen eigenen vertraulichen Neuheiten diese ungeheure Volksbelastung für verkehrt und durchaus für verfehlt. Als es zunächst den Altkönig hatte, dass die nationalliberalen Partei die Finanzreform „apportieren“ wollte, hat Herzog zu dem mir befreundeten Rentenbezettel S. gesagt: „Gott sei Dank, dass wir nun nicht in Versuchung kommen; mögen die Nationalliberalen nur machen; sie werden die Folgen schon spüren bei den nächsten Wahlen.“ Nachher haben dann dennoch die liberalen Rentenstaatler, nur um den verhassten Altkönig abzuwenden, der Regierung den ganzen Amt bewilligt. Was das Renten dadurch an Vertrauen eingeschüchtert hat im Volke, das ahnen die „Taktik“ wohl selbst nicht; der Schaden ist niemals wieder gutzumachen. Der Stachel sieht wieder gerade so.“

Soweit der Gutsherr der „Westfälischen Rundschau“. Das Blatt fügt hinzu, dass die Folgen der glorreichen Finanzreform sich zweifellos im Wahlkreis Warendorf-Lüdinghausen schon gezeigt hätten, als für den abgesagten „Volkswirt“ Herzog von Atenberg eine Erzählpfeife stattdessen musste: ein bedeutender Rückgang der Rentenstimmen, eine überraschende Zunahme roter Stimmen! Die Rentenbauern wissen was sie wollen und pfeifen auf die „glorreiche“ Partei der verlorenen Halunken“, wie sie Bismarck nannte, nur die Rentenarbeiter, vor allem die „christlichen“ Streikbruchgewerbe, lassen sich jeden Volksbetrag und Kleiderkrieg gefallen. Der Bergknoppe hat in der Tat recht: Die Austerchristlichen sind die Austerbünumsten.

### Läuft die Teuerung noch?

Mit gespannter Aufmerksamkeit versucht jeder nicht gerade schwere Familienbauer und jede Hausfrau in diesen teuren Zeiten die Preisbewegung der Lebensmittel. Auch die kleinste Erhöhung der Fleisch-, Kartoffel- und Brotpreise wird freudig kontrolliert und daraus die Hoffnung geschöpft, dass die Teuerung bald wieder nachlassen werde. Bisher hat sich die Entzündung meist sehr rasch eingestellt. Die Abwärtbewegung der Fleischpreise wurde gewöhnlich dadurch herbeigeführt, dass sie ständig in ausländisches Fleisch importiert und selbst vertrieben. Sobald dieser amtliche Fleischverkauf versuchsweise eingestellt wurde, da er in gewöhnlich den Städtefächern ähnlich hoch beliefert, waren die Preise sofort wieder auf dem früheren Niveau. Die Schlachtermeister hatten eben nur mit Rücksicht auf den städtischen Verkauf die Preise herabgesetzt, sobald diese Konkurrenz in Weißfall kam, lehrten sie zu den alten Preisen zurück. In fast allen größeren Städten ist die Vermittlung des Fleischverkaufs durch kommunale Behörden usw. nur als eine Notstandsmaßnahme gebaut. Am Sommer 1913 wird wohl auf den meisten Plätzen der Verkauf schon eingestellt werden. Aus den erwähnten Gründen ist die in den letzten Monaten eingetretene Vermindeung der Kosten des Nahrungsmittel aufwands nicht allzu hoch anzuschlagen. Es kann sich immer noch ein neuer Rückgang einstellen, der die Hoffnung auf ein Nachlassen der Teuerung wieder zünde macht. Berechnet man die Kosten des östlichen Deutschlands in mittleren Wägen und einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in der Weise, dass man die dreifache Verpflegungskosten des deutschen Marineolden zugrunde legt, so erhält man nach den Angaben über Lebensmittelpreise in circa 190 deutschen Städten folgende Durchschnittsziffern in Mark:

	1911	1
--	------	---

Februar	1911	1912	1913
Böhmen	23,81	24,46	26,11
Königreich Sachsen	22,75	24,48	25,48
Württemberg	23,84	24,21	25,33
Baden	25,55	26,40	26,90
Thüringen	23,49	25,17	26,40
Anhalt	23,58	25,78	25,08
Elsaß-Lothringen	25,08	24,88	27,84

Eine allgemeine steigende Tendenz zeigen die Lebensmittelpreise noch immer in Hessenland, in Westfalen und in Bayern.

## Zur Reform der Berginspektion.

### Lampenwirtschaft auf den Zehen.

Auf einer ganzen Reihe von Zeichen ist seit einigen Jahren die sogenannte Lampenwirtschaft einer Unternehmensfirma übertragen. Diese Unternehmer wollen selbstständlich verdeckt leben. Man kann ihnen das auch nicht ablehnen, denn vom Verlust kann kein Mensch leben. Wie aber nur die Bechenverwaltungen, die den Bergleuten noch Abzüge für Beleuchtung der Arbeitsordnung gerecht? Denn in dieser ist ausdrücklich vorgesehen, daß für Beleuchtung nur der durchschnittliche Selbstkostenpreis abgehalten werden darf. Welches ist in diesem Falle der Selbstkostenpreis? Derjenige der Lampenfirma oder der, den die Bechen an die Unternehmensfirma bezahlt? Unstreitig sind die Selbstkosten der Lampenfirma maßgebend, denn im anderen Falle könnte ja die Bechen dem Unternehmer jeden beliebigen Preis pro Lampenlicht bewilligen und Druder Kumpel hätte nur zu bezahlen.

Meines Erachtens liegt die Sache so, daß, wenn die Selbstkosten der Lampenfirma pro Lampenlicht z. B. 3½ Pf. betragen, den Bergleuten auch nur dieser Beitrag abgehalten werden darf. Die Differenz zwischen diesem Selbstkostenpreis und dem von der Bechenverwaltung dem Unternehmer bewilligten Preis hat die Bechenverwaltung zu tragen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einmal folgende Fragen aufwerfen:

1. In welcher Weise ist es den Bergleuten ermöglicht, die Selbstkostenpreise zu kontrollieren?

Dass die Bechen die angeblichen Selbstkostenpreise durch Anschlag bekannt geben, genügt nicht, es muß den Bergleuten bezüglich ihres Vertreters Gelegenheit gegeben werden, durch Einsicht in die Rechnungen vergleichen zu können, ob auch wirklich nur die Selbstkostenpreise berechnet werden.

2. In welcher Weise überzeugt sich die Bergbehörde von der Nichtigkeit der sogenannten Selbstkostenpreise?

Die Bergbehörde hat doch darüber zu wachen, dass die Arbeitsordnung richtig gehandhabt wird. In meiner langjährigen Tätigkeit als Bechenbeamter ist mir aber kein einziger Fall bekannt, daß ein Meistersteiger oder einer der Herren vom Oberbergamt sich bei der Bechenverwaltung nach den wirklichen Selbstkostenpreisen erkundigt, geschweige denn Einsichtnahme in die Rechnungen verlangt hätte.

Die Arbeitsordnung ist also allem Anschein nach nur erlassen, um dem Berggesetz zu genügen. Um die Befolgung ihrer Bestimmungen kümmern sich weder Arbeitnehmer noch die Aufsichtsbehörde. Nur der Arbeitgeber wendet sie an, wenn er für sich einen Nutzen herauszuschlagen will.

W. C.

### Neuordnung der Bergreviere.

Nach einer amtlichen Bekanntmachung des Oberbergamts Clausenthal ist das Bergrevier Celle mit dem Sitz in Celle am 1. April erichtet worden. Mit der Errichtung dieser neuen Amtshäuser ist gleichzeitig eine Änderung in der Begrenzung der Bergreviere Nord-Hannover, Süd-Hannover, Goslar und Clausthal verbunden.

Es umfassen: das Bergrevier Celle mit dem Regierungsbezirk Stadt mit Ausnahme des Kreises Verden, den Regierungsbezirk Lüneburg mit Ausnahme des Kreises Gallingholz und Burgdorf und — vom Landkreis Celle — des Forstbezirks Brand und Helmstedt-Mühlen, sowie der Gemeinde Nienhagen, das Bergrevier Schleswig-Holstein, umfassend die Provinz Nord-Holstein mit dem Kreis Herzogtum Lauenburg;

das Bergrevier Nord-Hannover vom Regierungsbezirk Stadt des Kreises Verden, vom Regierungsbezirk Lüneburg die Kreise Gallingholz und Burgdorf und — vom Landkreis Celle — den Forstbezirk Brand und Helmstedt-Mühlen sowie die Gemeinde Nienhagen, den Regierungsbezirk Hannover mit Ausnahme der Kreise Linden, Springe und Hameln;

das Bergrevier Süd-Hannover vom Regierungsbezirk Hannover die Kreise Linden, Springe und Hameln, vom Regierungsbezirk Hildesheim die Kreise Gronau, Alfeld, Einbeck und Northeim mit Ausnahme der Gemeinden Erolzhausen und Hardegen, vom Regierungsbezirk Hildesheim des Kreises Dassel;

das Bergrevier Goslar im Regierungsbezirk Hildesheim den Stadtbezirk Hildesheim, die Landkreise Hildesheim, Marienburg, Helmstedt und Duderstadt; im Kreise Alfeld das ehemalige Amt Elbingerode sowie vom ehemaligen Amt Schöningen die Flecken-Gemeinde Alfeld und die Gutsbezirke Hohnsteinische Dorf- und Stiftsgemeinde Alfeld und St. Johanneshütte. In dem fürstlich Stolberg-Wernigeröderischen Amt der Grafschaft Hohnstein (der sogenannten Hohnsteiner Vorstadt) steht das Bergregal aller der Verfüzung des Grundbesitzers entzogenen Fossilen mit Auschluß der Eisenze, begleitet im Bezirk des Stiftsamt Alfeld in der Grafschaft Hohnstein das Regel der Steinlochhofen des Stolberg-Wernigeröderischen Fürstenhause zu. Die Verwaltung wird von dem fürstlich-Stolbergerischen Bergbeamten zu Wernigerode wahrgenommen.

Zum Bergrevier Celle gehören die hannoverschen Gebiete: im Regierungsbezirk Hildesheim der Stadtbezirk Göttingen, die Landkreise Göttingen, Münden und Uslar, sowie vom Kreise Northeim die Gemeinden Erolzhausen und Hardegen.

Die Verwaltung des neuen Bergreviers Celle ist dem Bergrat Werner zu Celle, bisher zu Hannover, übertragen worden.

### Um das Königliche Oberbergamt Dortmund

hat unser Kamerad Maneckeller folgendes Schreiben gerichtet:

Auf der Schachtanlage Grün in Gaggenau verunglückte am 27. März d. J. der Arbeiter Meier dadurch, daß er während des Schichtwechsels im Durchgang von beladenen Wagen überfahren wurde. Es ist bereits möglich zu bezeichnen, daß der Stoß während des Schichtwechsels gar nicht ausgeschaltet wird. Die Förderung wird sehr selten zur rechten Zeit eingestellt. Auf diese Mißstände habe ich das Oberbergamt in einer Eingabe vom 26. November 1912 aufmerksam gemacht und ersucht, für die Abschaffung derselben zu sorgen.

Wäre dieses geschehen, hätte der Arbeiter Meier seine gesunden Knochen behalten. Er wäre kein Krüppel. Ich ersuche das Oberbergamt jetzt nochmals, dafür zu sorgen, daß obige Mißstände beseitigt werden. Es ist vor allem notwendig, daß der Stoß ausgeschaltet wird. Die Arbeiter müssen unter der 1,80 Meter hohen Stromleitung her gehen, können also leicht mit derselben in Berührung kommen und lot auf der Stelle liegen bleiben. Vor allem kann dieses leicht passieren, wenn die Arbeiter Bohrer oder sonstiges Gegenstände zu tragen haben.

Ferner ist es notwendig, daß der Signalsdraht am Schacht verlegt wird. Derselbe ist auf allen Sohlen mitten vor dem Schacht angebracht, und kann es leicht vorkommen, daß ein Mensch beim Austrutschen oder auch durch Unvorsicht den Signalsdraht berührt, das Signal für den Anschlag über Tage ist gegeben und unten in der Grube können beim Auf- oder Absteigen an allen vier Stufen Leute verunglüchn.

Dann mache ich noch aufmerksam, daß, wenn 1½ Schicht verfahren wird, bereits niemals während der Menschenförderung um 6 Uhr nachmittags Türen vorgesetzt werden. Die Menschen werden also auf unverstopften Fördergerüsten zu Tage gefördert. Der aufsichtsführende Beamte ist in der Regel Meier.

Endlich erscheint das Oberbergamt, Denker 5, Röß Sonnenschein, zu befehlen. Es soll dort an jeder Weiterführung fehlen. Ansammlungen von Schlagwetterten sollen häufig vorkommen. Die Arbeiter müssen optimal ihre Arbeitsstelle verlassen, werden aber nachdem wieder von der alten Arbeitsstelle wegziehen, um keinen Unfall zu verhindern. Beamten ist es wohl bestrebt, daß die Weiterführung nicht in Ordnung ist. Es ist daher notwendig, daß das Oberbergamt unverzüglich einsetzt, das Leichtfertigungsschiff zu beschaffen.

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Die Bergwerksindustrie Elsaß-Lothringens im Jahre 1912.

Von 50 (im Vorjahr 52) Elsaß-Lothringischen Erzgruben wurden, wie die "Frankfurter Zeitung" berichtet, nach den behördlichen Erhebungen für 1912 20.083.288 (17.754.571) To. gefördert oder 2.328.699 To. mehr. Vier Steinolivenbergwerke (wie i. V.) förderten 8.598.722 (8.038.488) To. Die Eisenerzgruben wurden von acht Werken 72.541 (60.701) To. gewonnen. Dreizehn (11) Salzbergwerke förderten 137.248 (107.844) To. Sachs-Werke lieferten 47.176 (48.748) To. Erdöl. Die fünf unterirdischen Kalksteinbrüche und die 18 Gipsgruben, die der Aufsicht der Bergbehörden unterstehen, produzierten 108.006 (98.836) To. Kalkstein und 75.711 (70.888) To. Gips. Am Kloß wurden außerdem aus der Holzauslage eines Steinolivenbergwerkes 94.505 (90.278) To. hergestellt, sowie an Nebenprodukten bei der Holzherstellung 4.230 (4.577) To. Steinkohle, 1.208 (1.186) To. schwefelsaures Ammonium und 907 (787) To. Benzol gewonnen. Die Gesamtproduktion der Bergwerke und der unterirdischen Steinbrüche belief sich auf 24.068.718 To. gegenüber 21.161.161 To. im Jahre 1911. Der Wert der Produktion bezüglich den Angaben der Werksbesteuerung 96.500 gegen 87.011 Mill. M. Von den Eisenberggruben gelangten 19.007.859 (17.360.734) To. Eisenerei zum Abtransport. Die Verteilung des Absatzes, der um 11,6 Prozent gestiegen ist, auf die einzelnen Länderbezirke zeigt die nachstehende Tabelle:

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

### Umsätze der Großhandelsgesellschaften im Jahre 1912.

Das "Internationale Genossenschafts-Bulletin" veröffentlicht folgende interessante Aussstellung über die Umsätze der meist bestehenden Großhandelsgesellschaften der ganzen Welt:

	Umsatz gegen 1911	Umsatz	Prozent
G. W. S., Manchester . . . . .	504.613.080	52.20.080	5,02
G. C. G., Glasgow . . . . .	167.823.185	10.803.585	5,88
G. C. G., Hamburg . . . . .	135.907.173	28.301.704	23,49
G. T. G., Copenhagen . . . . .	62.155.520	7.498.500	13,71
G. S. A., Basel . . . . .	20.816.670	4.139.894	16,12
G. S. A., Budapest . . . . .	23.539.426	3.641.158	17,71
G. S. A., Helsingfors . . . . .	15.610.353	2.709.175	21,96
G. P. O., Moskau . . . . .	12.838.500	4.000.215	64,01
G. S. Stockholm . . . . .	7.557.322	1.863.044	82,35
Händlerstaaten, Rotterdam . . . . .	7.363.711	1.314.279	23,33
G. C. G., Antwerpen . . . . .	5.251.070	1.475.510	28,09
G. W. A., Münster . . . . .	4.814.089	2.334.041	86,65
G. A. G., Dublin . . . . .	3.528.000	870.420	23,07
G. A. G., Christiania . . . . .	2.198.581	516.677	50,09
G. D. G., Prag . . . . .	1.816.253	454.316	36,37
G. d. G., Paris . . . . .	1.565.218	51.302	5,48
G. F. G., Mailand . . . . .	1.005.195	—	—
Konsolidia, Zürich . . . . .	953.056	320.083	32,87

### Millionenvereine.

Während im Jahre 1908 der Zentralverband deutscher Konsumvereine 43 Vereine zählte, deren Umsatz 1 Million Mark und darüber betrug, waren es 1912 bereits 77, nämlich: München-Terrling, Nürnberg-Fürth, Würzburg, Augsburg, Stuttgart, Berlin, Neubrandenburg, Brandenburg, Cottbus, Luckenwalde, Königsberg, Langenbielau, Magdeburg-Neustadt, Halle (Saale), Braunschweig, Wolfenbüttel, Bielefeld, Bremen, Oldenburg, Minden, Bremen, Lüneburg, Gardeburg, Herford, Eissen, Bielefeld, Barmen, Überseeburg, Düsseldorf, Neuss, Düsseldorf, Bochum, Menden, Olsberg, Velbert, Lippe-Villigst, Düsseldorf, Chemnitz, Dresden-Lobtau, Waldenburg-Schedewitz, Trossen-Pieschen, Plauen, Meißen, Dresden-Schönfeld, Niederschönfeld, Limbach, Aue, Meiningen, Grimma, Frankenberg, Mainz, Wiesbaden, Altenburg, Geratal, Weißeritz, Weißeritztal, Jena, Gotha, Hohenmölsen, Eisenach, Apolda, Stuttgart, Görlitz, Kamenz, Annaberg und Tuttlingen.

Neben diesen hier angeführten Vereinen mit Millionenumsätzen, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehören, gibt es noch zwei Millionenvereine, die sich zum Westdeutschen Verband zusammengeschlossen haben: Altenbergen und Wulsdorf-Altenbergen, und neun Konsumvereine, dem Allgemeinen Verband angehört, nämlich: Berlin, Herford, Halle (Saale), Preßlau, Rostock, Karlshafen, München, Bierlein, Ulm.

Die größten Vereine sind Leipzig-Vilag mit 23.082.213 M., Berlin-Alt-Rixdorf mit 22.738.720 M. und Hamburg, "Produktion", mit 21.710.670 M. Umsatz. Ihnen wird sich ebenfalls der "Vormärz" (Dresden) anschließen, der sich inzwischen eine Anzahl größerer und kleinerer Vereine einverlebt hat.

## Internationale Rundschau.

### Brutale Herrschaft der Grubenkapitalisten in England.

Die Grubenbarone von West-Bigginian, wo die Kameraden seit Monaten in einem hartnäckigen Streikampf stehen, haben ein Kriegsgericht einzuladen, um unter Umgehung der nicht immer zuverlässigen Geschworenen die Gewerkschaftsbewegung in dem südlichen Minenstaat im Blute zu richten. Die technische Handhabung zur Entfestigung der militärischen Blutkunst wurde durch Prezierung so genannter Streitkavalle und eine "Proklamation" des Staatsgouverneurs, die den Belagerungszustand über den ganzen Staat verhängt, kinderleicht beschafft. Nicht weniger als 80 Arbeiter sind eingekerkert, und unter den verhafteten Agitatoren, denen der Galgen zugeteilt ist, befindet sich die 80jährige "Mutter" Jones, eine im ganzen Lande verehrte Sozialistin, die im Auftrage der sozialistischen Parteileitung als Petitionär nach dem virginischen Streitbereich geeilt war. Sämtliche Achtzig, einschließlich der von Bürgerlichen Blättern als "Engel der Bergleute" bezeichneten freien Idealistin, sind des Mordes verdächtigt, und es ist kein Zweifel, daß es sich hierbei um eine riesige Losspielküsterei des verächtlichen "Deutschlands" handelt, die mit einer Handvoll womöglich bewaffneter armer Teufel jetzt zugleich Dugende Anderer, deren gänzliches Verbrechen in der Organisierung der Grubenslaven bestand, an den Galgen bringen wollen.

Aus Kraft, dem Ende des Kriegsgerichts, wurde am 9. März berichtet, daß das "Gericht" ein "vollständiges Gesändnis" seitens eines Mannes von der Burnssischen Detektivagentur erlangt habe, der, mit der Mitgliedskarte des Bergarbeiterverbandes in der Tasche, an den "Kavalieren" und "Gefangen" der Ausständigen teilgenommen habe und als "Täter" außer Mutter Jones die bekannten Sozialisten Charles Tozer (Redakteur der in Charleston erscheinenden "Labor Argus"), John Brown und George Parsons (sozialdemokratische Kandidaten bei den verlorenen Wahlen), sowie sieben Streitende, die sich sämtlich unter den Gefangenen befinden, bezeichnete. Mit diesem "Gesändnis" des Losspiels hofft man alle 80 Inhaftierten überführen zu können! Der Burnssagent will nicht nur an den Zusammenstößen vom 10. Februar, die nach Bekundungen durch die Privatsoldaten der Grubenslaven herbeigeführt wurden und den Tod von 16 Personen, fast durchweg Streitenden, zur Folge hatten, beteiligt gewesen sein, sondern er erzählt zudem von schauerlichen Komplotten der Agitatoren und Streitenden, nach seinen detaillierten Erfahrungen ganz geschäftsmäßig parlamentarisch befohlen und arrangiert. So würden, wie Smith — der Name des Buben — dem Kriegsgericht enthalten, Bläne für die Dynamitierung eines Militärzuges gezeichnet. Agenten der "Verschwörer" hätten das Dynamit von Charleston nach der mittler im Grubengebiet gelegenen Bahnhofstation Hansford gebracht, und "Streitführer" wären dann in diese Station eingebrochen und hätten sich in den Befestigungen gesetzt, um es auf der Bahnstrecke, die der Militärzug zu passieren hatte, zu verteilen und sich selbst mit einer Anzahl Streitender schwerbewaffnet in nahem Gebiet auf die Lauer zu legen. Tatsächlich wurde auf der Strecke Dynamit gefunden".

Drei Militärzüge benutzten die Gleise, und jedesmal brachte der Lenker des Juges seine Maschine zeitig zum Stillstand, um den von dem "Detektiv" "gewarteten" Patrouillen Gelegenheit zu geben, das Dynamit zu "ent

Seit Monaten haust ein großer Teil der Arbeiter mit Weib und Kind in improvisierten Bettbuden, nachdem sie zu Beginn des Ausstandes auf bestialische Weise auf die Straße getrieben waren, — sogar unschuldige Kinder und Frauen wurden niedergeschossen und verwirkt,slug anstatt auf die Straße, ins Gefängnis.

Wann der flammende Protest der Arbeiterschaft es nicht verhindern kann, so werden die Grubenbarone von Virginien bewußt ihre Unzulässigkeit mit einem so unerhörten Verbrechen lehnen, wie es selbst in den Blutannalen des amerikanischen Kapitalismus noch nicht dagewesen ist. Unsere Kameraden lernen hier das wahre Gesicht des Kapitalismus erneut kennen. Für den Kapitalismus aller Länder, aller Zonen, aller Sprachen und aller Religionen sind die Arbeiter nur Betriebsmaterial, eine Ware, aus der neues Kapital herausgepreßt werden muß, und sobald sich dieses Betriebsmaterial, diese lebendigen Kreaturen gegen die Auspreßer wehren, sobald sie mit ihrem Slavenlose nicht mehr zufrieden sind, werden diese Betriebsnummern mit aller Brutalität zur Raison gebracht, unter Umständen sogar vernichtet. Der Kapitalismus kennt keine Gentrionalität, keine Moral, kein anderes Gesetz, noch Vaterland und seine andere Religion als Profit und Wehr dem, der dieses Allerheiligste bedroht. Auch die Deutschen haben „die Schlacht am Wittenbaum“ noch zu bestehen, und soll sie nicht verloren gehen, müssen sie besser rüsten als bisher.

## Mitstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Zeche Deutscher Kaiser, Schacht III/VII.** Im Revier VII herrscht Holzmangel. Es kommt vor, daß öfter mehrere Tage kein Holz geliefert wird und die Arbeiter nicht verbauen können. Der Steiger Sitzungs will dazu die Leute bestrafen, wenn sie nicht verbaut haben. In der Schiebahn Höh 12, III Westen, liegt der Schlammbrock hoch, daß man ohne Schiebel nicht durchkommen kann. Am Vortag (20. März) war früh am Schalter ein Getränk, das man Gefahr laufen mußte, erlaubt zu werden. Solchen wäre abzuhelfen, wenn die Steiger etwas tun könnten. Am Karfreitag nachmittags war ein Verfrüher am Schacht III, er konnte aber nicht herauskommen, bis die Wetterkontrolle anfuhrten.

**Zeche Engelsburg.** Wie auf anderen Zechen, so ist auch auf diesen Punkt die Hauptfahrt Kohlenförderung. Auf das Wohl und die Gesundheit der Arbeiter wird wenig Rücksicht genommen. In der Waschstube 3-4 Mann unter einer Brause und schnappen nach Wasser. Eine Reihe Brausen wird fast garnicht benutzt, wodurch jedenfalls aus Sparmaßnahmen gespart. Einige neue Brausen lassen fast gar kein Wasser durch. Die Ausbehrung der Fahrzeuge läßt viel zu wünschen übrig. Eigenartig verhält man mit den Leuten bei der An- und Abfahrt. Unterirdisch besteht hier ein elektrischer Betrieb. Die Leute dürfen, während der Strom eingeschaltet ist, nicht von der Stelle gehen. Der Strom wird aber erst eine halbe Stunde vor Beginn des Schifts ausgeschaltet. Die Arbeiter, welche in den Revieren 12 und 13 beschäftigt sind, brauchen, um zum Schachte zu gelangen, mehr als eine halbe Stunde, wodurch ein Teil der Leute ihrer Aufenthaltsnummer verlustig gehen und hierdurch die Schichtzeit verlängert wird. Bei der Abschlagszählung werden, damit sich keiner vordrängen kann, Marken ausgegeben, dennoch wird manchen auf mehrere Scheine ausgelohnt. Es wäre erwünscht, weil sich kein Auszugsmitglied darum kümmert, daß die Verwaltung Aenderung schafft.

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Zeche Anna II (Alsdorf).** Hier ist auch nicht alles wie es sein sollte, besonders unser Organ hätte da viel zu berichten. Vor allem wird schlecht über die Beamten gelagt. Beim Steiger Baulen kann sich kein Verbändler halten, weil sie so lange geschürriegelt werden, bis sie davonlaufen. In einem Jahre wurden drei Verbandskameraden in diesem Revier gemazegelt. Die bergpolizeilichen Vorschriften scheinen die Herren Beamten schlecht zu kennen, wie folgender Fall beweist: Ein Schlepper hat sich in einem Fahrstrecke, der zu gleicher Zeit auch als Förderstrecke benutzt wird, die Finger zerquetscht, indem er zwischen den Wagentand und eine niedrige Kappe kam. Dieser Fahrstrecke hat eine Steigung von 8-8 Grad und durfte ohne Bremsvorrichtung nicht benutzt werden, worauf die Arbeiter den Steiger Baulen aufmerksam machen. Er befiehlt, daß dies gegen die Bergpolizeibehörde verstoße und wurde auch nicht abgeholt. In der Sessiebahn, die zum Abfölschacht führt, muß die Belegschaft eine halbe Stunde lang zwischen den Wagen sich durchzwingen. Was die Wetterführung an betrifft, so läßt Steiger Baulen kein Bievier viel zu wünschen übrig. Meterstreifen liegen zu Bruch, so daß möglich Luft durchdringt, andere sind nicht fahrbare. Auf diese Verstöße möchten wir die Bergbehörde hiermit aufmerksam machen.

**Grube Maria (Hauptschacht).** Das Morgens kommt es nicht selten vor, daß der Zug Nachen-Mariagrube, mit dem viele Bergleute nach dieser Grube fahren, gleichzeitig mit der Elektrischen von Alsdorf und Eichweiler kommt, mit dem ebenfalls viele Bergarbeiter kommen, und eintrifft. An dem Markenschalter entsteht dann ein Gedränge, welches fürchterlich genannt werden muß. Ein aufsichtsführender Beamter ist wohl da, aber dieser kann das Gedränge auch nicht verhindern, weil eben zu viele Kameraden gleichzeitig dort eintreffen. Diesem abzuholzen, wäre nur möglich, wenn die Schichtmarken an zwei Schaltern ausgebündigt würden. Bei einigermaßen guten Willen der Verwaltung wäre dies möglich und damit wäre diesem Missstand abgeholfen. Mit der neuverbaute Waschstube ist die Abortanlage verbunden. Die Spülvorrangung funktioniert des Morgens nicht, oder man hat die Wasserleitung einfach abgepeppt und da zwischen dem Abortraume und der Waschstube keine Türe vorhanden ist, so dringt der Grünlat in die Waschstube. Der Grubenouschus summert sich um diese Schweinerei nicht, ist aber an die Verwaltung herangereitet, damit diejenigen bestraft werden, die sich in der Waschstube, wenn sie gewaschen sind, abtrocken, obwohl die viel zu engen Raumverhältnisse das bedingen. Auch im Befestigen braucht diese Grube nicht vor den anderen Gruben zurückzustecken. Täglich ist das schwere Brett mit Strafvergütungen vollgelegt. Es wird gestraft wegen nicht genügend gefüllter Wagen, wegen Holzfeindlers, aber hauptsächlich wegen willkürlicher Feinds, fürgewegen jeder Kleinigkeit. Mit den Löhnen steht es nicht besser aus. Trotz der guten Konjunktur, trotzdem die Lebensmittelpreise eine unerträgliche Höhe erreicht haben, sind die Löhne nur wenig gestiegen. Die Schichtlohn sind seit dem 1. April 1912 um 10 bis 20 Pf. erhöht worden, dagegen werden den Gedingebeitern, wenn sie über 6 Mark verdienen, die Gedingesätze sofort gefügt. Rohstoffreichen und Gebäuden wird nicht mehr bezahlt, sondern nur die Kohlen. Obendrein hat man hier das jüngstene Leistungsgedinge schon seit langem eingeführt. Dieses sieht ungefähr so aus: eine Kameradschaft von 4 Mann erhält für 20 Wagen Kohlenförderung 5,80 M. (Vor dem 1. April 1912 5,70 M.) Für jeden Wagen, der darüber gefördert wird, gibt es 10 Pf. mehr, jedoch die über dem Leistungsbasis geförderten Wagen, sofern die Kameradschaften aus vier Mann bestehen, mit 40 Pf. bezahlt werden. Die Leitung ist aber in den allermeisten Fällen so hoch geistet, daß die Kameraden bei allen Schichten kaum diese Anzahl Wagen herausschreien, um den Gedingebeit zu erreichen. Die Schichtleiter, oder wie sie hier genannt werden, die Schichtkuren, rücken die gute Geschäftslage aus, wie die Gewerbevereinsleitung im hiesigen Revier es bei der Lohnbewegung im vorherigen Jahre guthieß. Eine Doppelheit liegt die andere, ein Betriebsrat und den andern noch im Schichtennamen zu überbieten. Und es kommt nicht selten vor, daß unter einer Kameradschaft von 2000 arbeitenden Sieden entsteht, wenn der eine eine Schicht meistversieht, wie der andere. So bis 35 Schichten in einem Monat sind keine Seltenheit, obwohl die Arbeitszeit über eine Stunde länger dauert als wie im Ruhrgebiet. Die Behandlung der Arbeiter läßt auch viel zu wünschen übrig. Und dabei verlangen einige Beamte, daß die Arbeiter sie nach hörigkeiten grüßen sollen. Vor allem ist es Fahrsteiger Raden, der die Arbeiter selbst auf der Straße anrempelt, wenn sie nicht grüßen. So fragt er mal einen Kameraden auf der Straße: „Haben Sie schon vergessen, was Sie beim Militär geleistet haben?“ Als der Arbeiter ihn fragt, was er damit meine, sagt Fahrtsteiger Raden: „Doch Sie jeden Begrüßen müssen!“ Sogar des Sonntags ist es vorgekommen, daß Kameraden wegen des Nichtgrüßens angerempelt wurden. Auch in der Grube schlägt er Arbeiter gegenüber mit einem großen Ton an. Man braucht sich nicht zu wundern, daß auf einer Grube, wo solche Verhältnisse bestehen, der Arbeiterschutz tot ist. Jeden Monat sterben eine ganze Reihe dieser Gräte den Rücken und die Zahl der neu Anfangenden ist kleiner, als die der Abstehenden, jodoch die Belegdichte noch beständig verringer. In der Zeit von 1908-1910 sind viele Kameraden aus dem Ruhrgebiet hier in Arbeit getreten, aber diese haben fast ohne Ausnahme diese Stätte verlassen. Auch die hiesigen Arbeiter besonders die jüngeren, verlassen in Scharen diese Zeche und der Arbeiterschutz ist so groß, daß die Gewerbevereinsleitung den Eingang eine Summe von 3 Mark zahlt für jeden Arbeiter, den sie für die Grube anwerben.

Auch Agenten sind tätig, um Arbeiter für die Grube einzufangen; ein Agent ist aus Oberholzen zurückgekehrt, ohne auch nur einen Arbeiter angetrieben zu haben. Wenn die Grubenverwaltung höhere Löhne gäbe, dann wären wohl Arbeiter zu bekommen. Aber auch hier hat die Gewerbevereinsleitung dafür gesorgt, daß keine höheren Löhne bezahlt zu werden brauchen. Wenn nun schon die Signatur der guten Geschäftigkeit ist: lange Schichtzeit, knappe Löhne und nicht die beliebte Behandlung, verbunden mit einem harten Streßsystem, so zu werben die Verhältnisse dann erst werden, wenn der Geschäftsgang an zu stören beginnt. Das dann die Löhne reduziert werden, die ohnehin schon knapp genug sind bei den hohen Lebensmittelpreisen, steht zu erwarten. Die Behandlung wird rigoros und das Streßsystem unerträglicher.

### Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

**Grube Biskitza III (Niederlausitzer Braunkohlenwerke).** Wie die Arbeiter auf hieltem Wert behandelt werden, dafür liegt folgender Vorfall Bezeugnis ab: Einem Arbeiter an der Maschine versetzte am 7. März die Bremse. Das hatte zur Folge daß ein Teil in den Schacht fiel und das andere schlaff wurde. Der Arbeiter wollte den Obersteiger in Kenntnis setzen und lief zum Kontor, wo sich dieser gewöhnlich aufhielt. Dort war er nicht zu treffen, sondern man sagte, er sei in den Schacht gefahren. Auf dem Rückweg ging der Arbeiter an der Post und Kaufhäuserbude der Fabrikbaugesellschaft vorbei. Auf einmal kam der Obersteiger aus der Bude heraus und fragte den Arbeiter an: „Wo laufen Sie denn herum? Haben Sie denn nicht gehört, daß ich hinter Ihnen hergerufen habe?“ Der Arbeiter machte leise und wollte der Außenordnung ausweichen. Da erscholl wieder das Kommando: „Weilen Sie hier und erzählen Sie, was passiert ist!“ Nach Mitteilung des Vorganges erhielt der Arbeiter den Befehl, wieder herunterzufahren, damit die Geschicht in Ordnung gebracht wird. An der Arbeitsstelle angekommen, folgte auch bald der Obersteiger und befaßt sich die Beschwerung. Ohne aber nochmals zu fragen und sich die Sache erklären zu lassen, donnerte er los: „Ich verfrage Sie mit einer Waffe!“ Der Arbeiter nickt darauf hin, daß er keine Schuld trage, auch keine Arbeitsordnung erhalten habe und sich infolgedessen nicht bestrafen lasse. Da ging die Höflichkeit aber erst recht los: „So, Sie sitzen sich auf die Arbeitsordnung? Das Sie keine Arbeitsordnung haben, dafür kann ich nicht und der Direktor auch nicht! Sie sollen Sie haben und dann werden Sie sehen, was Ihnen passiert!“ Als ihm gesagt wurde, daß man sich nichts auswischen lasse, sondern die Papiere verlange, sagte er: „Schämen Sie sich, Sie bringen Ihre Kameraden um Lohn und Brod; Sie müßten eigentlich den Schaden beziehen. So'n Kerl wie Sie sind, sollte man gleich in den Papieren festgestellt.“ — war die „schmeichelhafte“ Antwort des Grubenbeamten.

**Zeche Engelsburg.** Wie auf anderen Zechen, so ist auch auf diesen Punkt die Hauptfahrt Kohlenförderung. Auf das Wohl und die Gesundheit der Arbeiter wird wenig Rücksicht genommen. In der Waschstube 3-4 Mann unter einer Brause und schnappen nach Wasser.

Eine Reihe Brausen wird fast garnicht benutzt, wodurch jedenfalls aus Sparmaßnahmen gespart.

Einige neue Brausen lassen fast gar kein Wasser durch.

Die Ausbehrung der Fahrzeuge läßt viel zu wünschen übrig.

Eigenartig verhält man mit den Leuten bei der An- und Abfahrt.

Unterirdisch besteht hier ein elektrischer Betrieb. Die Leute dürfen, während der Strom eingeschaltet ist, nicht von der Stelle gehen.

Der Strom wird aber erst eine halbe Stunde vor Beginn des Schifts ausgeschaltet.

Die Arbeiter, welche in den Revieren 12 und 13 beschäftigt sind, brauchen, um zum Schachte zu gelangen, mehr als eine halbe Stunde, wodurch ein Teil der Leute ihrer Aufenthaltsnummer verlustig gehen und hierdurch die Schichtzeit verlängert wird.

Bei der Abschlagszählung werden, damit sich keiner vordrängen kann, Marken ausgegeben, dennoch wird manchen auf mehrere Scheine ausgelohnt.

Es wäre erwünscht, weil sich kein Auszugsmitglied darum kümmert, daß die Verwaltung Aenderung schafft.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Kameraden, macht nach!

Allenthalben beginnt die Niedergeschlagenheit, die nach dem Niederschlag der „Christen“ eingetreten war, wieder einer zuverlässlichen Stimmung Platz zu machen. Mit neuem, frischem Mut gehen unsere Kameraden an die Agitationsarbeit. Von vielen Bahnhöfen wird uns berichtet, daß recht erfolgreiche Hausagitationen vorgenommen wurden. Das beste Resultat, welches uns bisher gemeldet wurde, hatte die Bahnhöfe Egen bei Bottrop; bei einer Hausagitation am 6. April erzielten unsere hiesigen Kameraden 28 Neuaufnahmen und einen Neuwerttritt. Dieses sehr gute Resultat ist um so bemerkenswerter, als Bottrop-Eigen Hochburgen der „Christen“ und Gelben sind. Also selbst in „christlich“ gelben Hochburgen sind gute Erfolge zu erzielen, wenn unsere Kameraden auf dem Posten sind.

**Bergföhren.** In der Bahnhöfenversammlung am 9. März wurde beschlossen, den Mitgliedern bei Beerdigungen außer einem Krans auch Blumen zu stellen. Zur Deckung der Kosten soll nach jeder Beerdigung eine Kranspendenmarke gesetzt werden. Wir ersuchen die Mitglieder, diesen Beschluss zu achten, damit den Toten keine Schwierigkeiten bereitet werden. Ferner ersuchen wir die Mitglieder, sich an den Beerdigungen rege zu beteiligen, denn es ist doch das letzte, was wir einem Kameraden, der mit uns um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft hat, geben können.

#### Eine zerstörte „christliche“ Verleumdung.

In welcher leichtfertigen Weise die Streikbruchgewerbevereinler oftmals mit der Ehre ihrer Mitmenschen umspringen, zeigt eine Gerichtsvorhandlung vor dem Kuhorter Schöpfgericht am 31. März. Bei der Alterswahl im Sprengel 278 im Oberbergkreis am 28. November 1912 glaubten sich „unsere lieben Christen“ im Bekämpfen ihrer anders denkenden Kameraden etwas besonderes leisten zu können. Man muß wirklich die Geduld der Verbandsmitglieder solchen Unfertigkeiten gegenüber bewundern. In der Zeit von 5 bis 6 Uhr nachmittags betrat der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbands das betreffende Wahllokal („Zur Bergmannsrück“), um sich über den Verlauf der Wahl zu orientieren. Infolge des rüpelhaften Benehmens eines „christlichen“ Agitators hatten sich am Büffet eine größere Anzahl Wähler zusammengefäßt; ein Bergmann aus Asche aus Oberberg glaubte sich ebenfalls eine Extrator zu leisten zu können, indem er, ohne auch nur die geringste Urtüte zu haben, in die Menge hineintrief: „Ihr roten Hölunken, Ihr wollt uns wohl heute abend wieder betrügen, wie Ihr es im Jahre 1905 mit mir gemacht habt!“ Der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbands stellte Tausender zur Rede und erzogt ihm um Angabe seiner Adresse und um genaue Angaben, in welcher Weise und von welcher Seite er im Streit 1905 beteiligt sein wollte. Und, wie es bei solchen Leuten immer der Fall ist, wenn ihnen Verdächtigungen auf den Grund gegangen sind, in dieser Situation hätte Tausender gern das Zeil geräumt, wenn er es nur gekonnt hätte. Er sei, so meinte er nun, im Jahre 1905 vom damaligen Knappenhäusler Friedrich Holstein um seine Streikunterstützung betrogen worden. Holstein strengte Privatklage wegen Beleidigung gegen Tausender an. Beim Schiedsrichter befundet dieser eine ziemliche Sicherheit über seine Behauptungen; eine Einigung stand nicht statt, infolgedessen mußte die Sache gerichtlich entschieden werden. Obwohl nur eine Anzahl Zeugen geladen waren, mache am Gericht der Angeklagte nicht den geringsten Versuch, um den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen zu erbringen, sondern ging von vorherher auf den vom Vorsitzenden vorgebrachten Vergleich ein, widerrief sich dann im „Bergknappen“ und in der „Bergarbeiter-Zeitung“ die gegen Holstein ausgestreuten Beleidigungen und übernahm sämtliche Kosten. Es ging dem Kläger selbstverständlich weniger um die Beleidigung dieses Mannes, als darum, zu beweisen, in welch leichtfertiger Weise durchaus ehrhafte Kameraden, welche in der Arbeiterbewegung grau geworden sind, von solchen Leuten bestimmt werden mögen dieser Fall für gleichgestaltete Seelen eine Warnung sein. Für die Kameraden des Bergarbeiterverbands muß dieser Fall ein neuer Ansporn zur Agitation für die am 29. April stattfindende Alterswahl im Sprengel 277 und 278 sein, damit auch der sonnige Gegner erfahre, daß die freiorganisierten Arbeiter sich durch Verleumdungen und Niederschlägereien nicht einen Schritt von der Verfolgung ihres Ziels abringen lassen.

#### Der „christliche“ Streikbruchgewerbeverein veröffentlicht keine Monatsabrechnungen mehr.

Der „glänzende Sieg“, den die „christlichen“ Streikbrüder im März 1912 über unseren Verband erzielen haben, macht sich immer mehr beim Streikbruchgewerbeverein selbst geltend und zwar in einer Weise, daß die „siegreiche“ Streikbrucharmee der Auflösung entgegensteht und zwar in einem so schnellen Tempo, daß die Streikbruchmarschälle am 15. März bestellt haben, keine Monatsabrechnungen mehr im „Bergknappen“ zu veröffentlichen! Dieser Weitschluß bedeutet die Bankrotterklärung, die Anmeldung des Konkurses des „christlichen“ Streikbruchgewerbevereins! Die Offenbarlichkeit soll und darf nicht mehr erfahren, wie der Streikbruchgewerbeverein „marschiert“. Das Gelbenorgan hat Recht behalten, den „Christenführern“ ist das Rückgrat rumpiert! Die „christlichen“ Streikbrüder, die ihre Beiträge immer allmonatlich entrichten, damit der Streikbruchgewerbestab erhalten bleibt, um im Falle eines Angriffs durch den Verband die Millionen der Kohlenförderung nicht schaden, dürfen ebenfalls nicht erfahren, wie es mit den „christlichen“ Streikbruchgewerbevereins-Monatsabrechnungen besteht. Durch die Rückveröffentlichung der monatlichen Zahlstellenabrechnung wird

jedoch den „christlichen“ Streikbrüdern wie auch den Gegnern die Möglichkeit einer Kontrolle über die Einnahmen und den Stand der Kassen, verhindernde Verhältnisse im Streikbruchgewerbeverein entzogen, so daß die Streikbrüderseitse dann das Blaue vom Himmel schwindeln können. Unter der „glorreichen“ Führung von Brust wurden die Monatsabrechnungen ebenfalls unregelmäßig oder gar nicht veröffentlicht, jedoch niemand die Rechenschaften nachprüfen konnte, wodurch August „freie Hand“ bekam, um die Zuschriften vom „Goldente“ in Mitgliederbeiträge umzuschwindeln. Durch den Streit von 1905 scheinen die „Goldenteis“ für einige Zeit verschupft gewesen zu sein und haben sie anschließend ihre Moneten zurückgehalten, weshalb von da ab die Monatsabrechnung erfolgen konnte. Zum andern hatten die Streikbrüder sich damals ein weitgehendes Vertrauen unter den Bergarbeitern erworben, weil sie den Streit an unserer Seite mit sozialdemokratischem Gelbe geführt hatten, durften sich damals für eine kurze Zeit als moderne Arbeitersorganisation ausspielen. Durch den Streit von 1912 haben sie die Streikbrüderführer des Vertrauen der Bergarbeiter wieder verloren, dafür das bosseine der Grubenkapitalisten neu erworben, mit denen sie in Gießen im Lande zusammenkommen und die Bergarbeiterrechte vertrachten. Die Beiträge der Bergarbeiter bleiben aus, dafür wird der „Goldente“ wieder bleiden, damit die „gentilen“ Streikbruchmarschälle den Kohlenbaronen erhalten bleiben! Das ist ebenfalls ein weiterer „Erfolg“ des „glänzenden Sieges“ im März 1912 und zeigt uns, wie der Weg unaufhaltsam in den Sumpf führt.

#### Sicherheitsmännerwahl auf Zeche Hugo.

Bei der am 29. März auf Zeche Hugo in Hiesfeld stattgefundenen Sicherheitsmännerwahl erhielten: Verband 17, Werkverein 3, Polen 1 Stimme, ungültig waren 8 Stimmen. Die „christlichen“ hatten diesmal keinen Kandidaten aufgestellt, weil sie angeblich keinen auftrieben konnten.

#### Polizei und Gewerbeordnung.

Einige Kameraden von Lindau haben am 9. März eine Hausagitation in der Kolonie der Zeche „Gitter“ nachgehalten, um die Gewerbeordnung der Bergarbeiter zu verbieten. Durch den Wirt „Gitter“ wurde ein Versammlungsmarsch aufgerufen. Die Agitationsteilnehmer fanden sich morgens beim Wirt „Gitter“ ein, wo der Bergarbeitermann jedem einige Nummern der „Bergarbeiter-Zeitung“ zur Agitation übergab. Dies hatte der Polizeibeamte Klein, der im „Gitter“ stationiert war, geschehen, und dann nichts eiliger zu tun, als dies „schwarze Argen“ zur Anzeige zu bringen. Fünf Kameraden wurden auf den 3. April zum Polizeibureau zur Vernehmung in dieser Sache geladen. Hier wurde von dem vernachlässigenden Beamten die Meinung vertrieben, daß eine solche Tätigkeit eine gewisse Menge sei und der politischen Genehmigung bedürfe. Unsere Kameraden bestritten diese politische Auffassung und vertraten die Meinung, daß sie für diese Tätigkeit keine Genehmigung einholen brauchten. Außerdem sei auch nicht nach einer Genehmigung gefragt worden. Gleichzeitig machten sich die Kameraden die Anfrage erlaubt, ob Herr Polizeibeamter Klein, der in der Bechenkolonie wohnt, auch wohl die „Westfälische Volkszeitung“ und den „Streikbruchgewerbeverein“ agitiert würde. Auch würden sich die Polizeiorgane nicht darum kümmern, wenn die Bevölkerung die Maßnahmen der Gewerbeordnung des „Gitter“ vornehme. Mit solchen Sätzen lann weder der Gewerkschaft noch der Partei gehabt werden. Wenn aber die Polizeiorgane nichts weiter zu tun haben, als sich mit solchen kleinstlichen Dingen zu besch

sich in gebrochener Lage befände, die Wache zu erlassen, weil der Verlag ihm die Summe nicht erlösen werde. Aus Mitleid mit dem armen Gerichtsberichterstatter Gehner habe ich auf die Wache verzichtet, weil mir aus dem Prozeß Sachen gegen den „Saarpost“-Redakteur Meurer bekannt war, daß der Kooperator Imbrecht seinem Kölner Kontrahenten zur Hilfe und sagt:

Die Streitbrüder haben nun einen Vortrater einen Querstreiter und beobachteten, daß die von ihnen geforderten „Bildungsbestrebungen“ nur der Bekämpfung und Überwindung der Sozialdemokratie dienen. Nun kommt der Kooperator Imbrecht seinem Kölner Kontrahenten zur Hilfe und sagt:

„Was haben die christlichen Gewerkschaften mit Volksbildung bestrebungen zu schaffen? Es ist hundertmal logischer erklärt worden, daß sie rein wirtschaftliche Standesorganisationen seien. Mit dieser reinen Wirtschaftlichkeit hat man alle Gewerken gegen ihre Interkonfessionellität zurückgeworfen und mit Recht, denn solange diese Basis ehrlich gewahrt wird, liegen diese Bedenken nicht vor und nur in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie ehrlich und gewissenhaft gehandelt werden, ist daher auch den katholischen Arbeitern der Weltkreis zu den christlichen Gewerkschaften vom Apostolischen Stuhle gestattet worden. Wir fragen nun: Wird dieses Normalobjekt, die reine Wirtschaftlichkeit bei derartigen Volksbildungsbestrebungen gewahrt? Die einzige richtige Antwort auf diese Frage ist ein gänzliches Nein. Was hat das rein wirtschaftliche Moment mit Volksbildung zu tun? Hier liegt eine handfeste Kompetenzüberschreitung der christlichen Gewerkschaften vor. Man lasse daher die Brahmsche Musik aus dem Spiele; um sie handelt es sich hier nicht, es handelt sich um das Prinzip, ob die interkonfessionellen Gewerkschaften bleiben sollen, als was sie gebaut sind, oder ob sie sich darüber hinaus auch anderer Aufgaben, Volksbildung, Volksunterhaltung und vergleichlichen annehmen sollen. Und hierauf kann die Antwort nicht schwer fallen. Sint ut sunt, aut non sint. (Sie sollen bleiben was sie sind, oder garnicht sein.) (D. Red.) Die Volksbildung insbesondere, die mit dem konfessionellen Element so vielfach verknüpft ist und bleiben soll, muß Sache der konfessionellen Standesvereine sein. Diese sind auch Männer genug, diese Aufgabe zu lösen und rüsten sich schon, sie in weitem Umfang aufzunehmen. Und da möge man sich das „Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie ersparen“. Damit kann man rein alles beweisen. Mit gleichem Recht könnten die christlichen Gewerkschaften interkonfessionelle Bibliotheken gründen, Vorträge, Familienunterhaltungen, Shakespeareabende usw. veranstalten. Das dadurch den Interkonfessionellitätsbestrebungen, in spezie den gemischten Ehen entgegengearbeitet würde, wird man wohl nicht behaupten. Hier muß es daher helfen: Principiis obsta. (Widerstehe den ersten Verlockungen. D. Red.) Die ganze Gewerkschaftsfrage gerät so in ein anderes Gesicht, und auf diesem Gesicht werden die christlichen Gewerkschaften — darüber möge man sich leinen Zweifel hingeben — hingehoben, wohin sie nicht wollen. Sie haben der Fehde genug und sollten es nicht darauf ankommen lassen, die Sympathien weiter Kreise durch nicht unbedeutliche Alliancen zu verschärfen.“

„Geachte“ Redaktion! In Ihrer heutigen Nr. schreiben Sie: „Wir lieben die sozialdemokratischen Führer verläßt, die 900 Mann der Saar- und Moselgelehrten gedachten in nächster Zeit in einen Streit zu treten.“

Die Nachricht von einem beabsichtigten Streit auf der Grube Saar und Mosel habe ich zuerst in der „Saarpost“ gelesen und bitte Sie deshalb, mir den sozialdemokratischen Führer zu nennen, der Ihnen diese absurde Meldung gemacht hat. Nach ausführlicher Nachricht vom Wetzelschen Telegraphenbüro aus Wetzlar verbrachte worden, was auch Sie wissen und ebenfalls, daß die sozialdemokratischen Führer diesem Bureau vollständig fern stehen. Durch und ist diese Nachricht in der „Freien Presse“ sofort dementiert worden, das wissen Sie auch. Dennoch lägen Sie Ihre Lese wiederum über besseres Wissen an! Das ist die „Saarpost“-Moral!

Joh. Leimpieler.

Dann steht es in dem Artikel weiter:

„Mehrheit habe ich der „Saarpost“, wenn die Augen zu dumm, zu frech und gemein aufzutragen würden, Berichtigungen auf Grund des Preßgesetzes gesucht, die sie mit der ihr eigenen „Auffindigkeit“ stellt unterstellt oder sinnentstellt und verklärt brachte, so daß mich der § 11 des Preßgesetzes gegen dieses „christlich-katholische“ Blatt nicht schützt, mit also nur der Privatsklagegen übertritt blieb. Abgesehen davon von all den dann verbündeten Scherzen — den „christlichen“ Gutscho verklagte ich zweimal. Der erste Prozeß endete damit, daß der „christliche“ Bergleute alles zurücknahm und die Kosten tragen wollte. Als heute hat der „christliche“ Bergleute die Kosten noch nicht erstattet. Im zweiten Prozeß muß ich 70 Mark allein für die Vorführung des Musters „christen“ hinterlegen und schon schwelt die Sache fast ein Jahr! — schloß ich mich vor einigen Monaten, die „Saarpost“ dennoch zu verklagen, aber am Schiedsgericht fand ich in dem „Verantwortlichen“ ein bemühten und vorsichtigen Altkunstler, der erstaunlich pater peccavil sagte und verschwerte, unschuldig an der Aufnahme des Artikels zu sein! Mit der Ehrenklärung, die er auch brachte, ließ ich ihn laufen, sagte ihm aber, daß alles, aber auch alles, was vom „christlichen“ Gewerkschaftsbüro aus die Gewerkschaft aus der Niedaktion gesucht wurde, gelogen sei. Der arme Mann widersprach nicht, zuckte die Achseln. Die eigentlichen Bergleute kann ich preßfreiheitlich nicht festlegen, gegen ein armes Weib, das auffällig dem männlichen Geschlecht angehört, vorgezogen, ist weder ethisch noch widerrecht meiner Natur, und so ist mir nur noch übrig, die „Saarpost“ zum Klagen gegen mich zu provozieren, damit ich ihr am Gericht den Nachweis ihrer Verlogenheit erbringen kann.“

Bei der pathologischen Verlogenheit der „Saarpost“ muß dieses „christlich-katholische“ Blatt selbst den Inhalt meiner Karte fälschen, muß Ihre Leser ernst und wiederum über besseres Wissen auflügen! Ich schreibe auf der Karte, daß ich die Streitnachricht zuerst in der „Saarpost“ gelesen habe — eben das „Birbattelgramm“ aus Wetzlar — und daraus macht die „Saarpost“, daß ich behauptet habe, die „Saarpost“ hätte die Nachricht in die Welt gesetzt! Vor so viel „guter Erziehung“ erfaßt mich Schauder und Ekel! Die „freie Presse“ liest die „Saarpost“-Niedaktion nach ihrer Angabe nicht und dabei polemisiert sie fast jede Woche gegen das Blatt, zitiert ganze Artikel, aber lesen tut sie dasselbe nicht! Was soll man zu einer solch „guten Erziehung“ da noch sagen?! Aufrufen mit dem „alten Fri“ bei Borndorf!

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ brachte in ihrer Nr. 20 vom 20. Mai 1911 denselben Artikel, ohne daß die „Saarpost“-Redaktion darauf antwortete noch lagte. Wohl klage der Verleger der „Saarpost“, den ich an den Meinungsäffassen von Kolpingwehr erinnerte, sonst mit dem Mann nichts zu schaffen hatte. Es liegt nicht an mir, wenn Hans Gehner und die „Saarpost“ von dem Einheitsstandpunkt nichts mehr wissen wollen, wie anderswo durch einige „Saarpost“-Lügen die Tatsache nicht aus der Welt geschafft wird, daß Gehner kein Südhörer Schönherr zu Plaßlath eingekland: „Ich habe mich davon überzeugt, daß alles oder doch fast alles gelogen ist, was aus dem christlichen Gewerkschaftsbüro kommt.“

Joh. Leimpieler.

Aus dem Lager der päpstlich Geduldeten.

Jämmerlich verprügelte „christliche“ Großläppen.

In der deutschen Arbeiterbewegung spielen die „christlichen“ Großläppen von jeher eine so erbärmliche und widerliche Rolle, daß nur charakterlose Judasnaturen sich zu solchen „Generalsekretären“ mischen lassen. Ein Mann von Anstand und Charakter würde nach wenigen Tagen das „christliche“ Gewerkschaftslager verlassen und lieber Steine slospielen, als die unwürdige Rolle einer solchen Großläppen weiter spielen. Von den Arbeitern, die sie ständig verraten müssen, verhaftet, von den Unternehmern als Verräte gebrandt, sonst aber verachtet, vom Klerus wie unmündige Schuljungen behandelt und geziickt. Wie sie der Klerus in der Zuchtel hat, erzählt in der „Allgemeinen Rundschau“ (München) vom 5. April der katholische Arbeitervereinspräsident, Kooperator Imbrecht, folgendes:

„Da lese ich eines Tages zu meinem größten Entzücken die Anzeige von einem „Ball der christlichen Gewerkschaften“. Ich saß darauf sofort den Obmann an und fragte ihn: „Sagen Sie mal, ist das auch rein wirtschaftlich?“ „Ja, Herr Präses, unsere Kasse kann es gut brauchen und da glaubten wir ihr diesmal...“ „Mein lieber Herr Sekretär!“ antwortete ich, „nun Sie für Ihre Kasse was Sie können, aber nur das nicht. Lassen Sie es sich gesagt sein, daß Sie der Gewerkschaftsseite keinen schlimmeren Dienst erweisen könnten.“ Der Mann hat das eingeschaut und auch das Generalsekretariat, das sich mit der Sache befaßte, gab dem Präses durchaus recht.“

Die „christlichen“ Gewerkschaften in München gebüdeten durch ein großes Gewerkschaftsfest mit Ball ihren Finanzadalen etwas zu beobachten, aber der Herr Kooperator sieht darin eine Gefahr und verbietet das Fest kurzerhand, obwohl die Anzeigen gedruckt, alle Vorbereitungen getroffen waren. Der Kooperator hat sicherlich befürchtet, daß bei einem solchen Ball „christlich-national-interkonfessionelle Frühlingsfest“ erwachsen könnten, eine Gefahr für die „christlich-national-interkonfessionelle Frühlingsgefühle!“ Langt katholisch oder langt evangelisch, ihr Großläppen, nur langt nicht interkonfessionell! Interkonfessionell sollt ihr die freien Gewerkschaftsverbünden, die Streits brechen, nicht aber interkonfessionelle Frühlingsgefühle erwarten! Das geht auch aus einem klaren Rüffel hervor, den ein katholischer Geistlicher den Kölner Gewerkschaftsbrüder erteilt, weil sie am 11. März im Bürgerhaus einen interkonfessionellen „christlich-nationalen“ Brahms-Abschied feierten. Der Präses schreibt:

„Hier ist wieder einmal an einem Beispiel dargetan, daß nicht bloß die katholischen und evangelischen Mitglieder der Gewerkschaften sich zu gemeinsamen Bildungsbestrebungen zusammenfinden, sondern daß daran auch die katholischen Arbeitervereine Kölns als Teilnehmer beteiligt sind. Als wenn es auch nicht genug wäre, daß die Gefahren des Interkonfessionellismus und der gemischten Ehen für die katholischen Mitglieder der Gewerkschaften beständen! Müssen denn die katholischen Arbeiter Kölns in dieser Weise den Interkonfessionellitätsbestrebungen Vorschub leisten? Nach den klaren und bestimmten Weisungen der päpstlichen Enzyklika über die Arbeiterorganisation nimmt sich diese Stellungnahme der Kölner katholischen Arbeitervereine sehr sonderbar, fast unverstehlich an.“

Die Streitbrüder haben nun einen Vortrater einen Querstreiter und beobachteten, daß die von ihnen geforderten Bildungsbestrebungen nur der Bekämpfung und Überwindung der Sozialdemokratie dienen. Nun kommt der Kooperator Imbrecht seinem Kölner Kontrahenten zur Hilfe und sagt:

„Was haben die christlichen Gewerkschaften mit Volksbildung bestrebungen zu schaffen? Es ist hundertmal logischer erklärt worden, daß sie rein wirtschaftliche Standesorganisationen seien.“

Mit dieser reinen Wirtschaftlichkeit hat man alle Gewerken gegen ihre Interkonfessionellität zurückgeworfen und mit Recht, denn solange diese Basis ehrlich gewahrt wird, liegen diese Bedenken nicht vor und nur in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie ehrlich und gewissenhaft gehandelt werden, ist daher auch den katholischen Arbeitern der Weltkreis zu den christlichen Gewerkschaften vom Apostolischen Stuhle gestattet worden. Wir fragen nun: Wird dieses Normalobjekt, die reine Wirtschaftlichkeit bei derartigen Volksbildungsbestrebungen gewahrt? Die einzige richtige Antwort auf diese Frage ist ein gänzliches Nein. Was hat das rein wirtschaftliche Moment mit Volksbildung zu tun? Hier liegt eine handfeste Kompetenzüberschreitung der christlichen Gewerkschaften vor. Man lasse daher die Brahmsche Musik aus dem Spiele; um sie handelt es sich hier nicht, es handelt sich um das Prinzip, ob die interkonfessionellen Gewerkschaften bleiben sollen, als was sie gebaut sind, oder ob sie sich darüber hinaus auch anderer Aufgaben, Volksbildung, Volksunterhaltung und vergleichlichen annehmen sollen. Und hierauf kann die Antwort nicht schwer fallen. Sint ut sunt, aut non sunt. (Sie sollen bleiben was sie sind, oder garnicht sein.) (D. Red.) Die Volksbildung insbesondere, die mit dem konfessionellen Element so vielfach verknüpft ist und bleiben soll, muß Sache der konfessionellen Standesvereine sein. Diese sind auch Männer genug, diese Aufgabe zu lösen und rüsten sich schon, sie in weitem Umfang aufzunehmen. Und da möge man sich das „Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie ersparen“. Damit kann man rein alles beweisen. Mit gleichem Recht könnten die christlichen Gewerkschaften interkonfessionelle Bibliotheken gründen, Vorträge, Familienunterhaltungen, Shakespeareabende usw. veranstalten. Das dadurch den Interkonfessionellitätsbestrebungen, in spezie den gemischten Ehen entgegengearbeitet würde, wird man wohl nicht behaupten. Hier muß es daher helfen: Principiis obsta. (Widerstehe den ersten Verlockungen. D. Red.) Die ganze Gewerkschaftsfrage gerät so in ein anderes Gesicht, und auf diesem Gesicht werden die christlichen Gewerkschaften — darüber möge man sich leinen Zweifel hingeben — hingehoben, wohin sie nicht wollen. Sie haben der Fehde genug und sollten es nicht darauf ankommen lassen, die Sympathien weiter Kreise durch nicht unbedeutliche Allianzen zu verschärfen.“

Die Dinge stehen so, daß am Streitabdruck nicht mehr gezwiegt werden kann und der erste Streittag zum 21. April zu erwarten ist. Die Unternehmer ziehen nun auch noch Öl ins Feuer, indem sie mit Maßregelungen und Entlassungen gegen die Funktionäre der Organisationen vorgehen. Auf der Lücke kann es keine befehlshabende Antikapitalistische Gewerkschaft vor dem Anschluß an den Verband zu warnen, wurde folgender Anschlag am schwarzen Brett öffentlich ausgehängt:

„Viel kann nicht machen.“

Der Hauer K. M.... und der Holzfahrer R. S.... sind heute wegen sozialdemokratischer Umrüste sofort ohne Kündigung entlassen worden.

Bithardgrube, den 4. April 1913.

Preyhs, Werkleiter.“

Generaldirektor von dieser Grube ist der frühere Zentrum abgeordnete Dr. Steffan, der den Kreis Beuthen-Tarnowitz im Reichstag vertrat, also ein Parteifreund und der Amibusch. Bützow und Genossen. Die sozialdemokratischen Umrüste der beiden Entlassenen befinden in dem Versuch, einen Arbeiter dem Bergarbeiterverband als Mitglied aufzuführen.

Die Polnische Berufsvereinigung erläßt einen Aufruf in der polnischen Presse an die Bürger und Gewerbetreibenden, in dem es unter anderem heißt:

„In Oberösterreich sind die Organisationen noch jung und eine größere Anzahl Arbeiter hat auf Grund der kapitalistischen Gewaltwirkungen noch nicht den Mut gehabt, der Organisation beizutreten. Wollen wir aber für die Arbeiter den Kampf mit Erfolg durchsetzen, dann müssen wir dafür sorgen, daß auch die Unorganisierten materiell unterstützt werden.“

Wir werden uns daher an das geehrte Publikum um moralische und materielle Unterstützung der Bergarbeiter in ihren aufwändigen Kampf, welchen mehrere Wochen dauern kann. Alle Geschenke, ob Geld oder Naturalien, nehmen wir dankend an. Wir hoffen, daß das geehrte Publikum unsere Bitte verständigt und nach Möglichkeit die Bergarbeiter unterstützen wird.“

Wenn die Bergarbeiter aus diesem Kampfe Siegreich hervorgehen, dann wird auch das Publikum Ruhm davon haben, denn wenn der Arbeiter nicht verdient, ist er auch inlands, mehr auszugeben, wovon die Allgemeinheit wieder Vorteil hat.

Für alle Hilfe im Voraus unseren besten Dank und Gott beziehe.“

Zentralvorstand der Polnischen Berufsvereinigung.

Unser Verband wird, falls es zum Kampfe kommt, seine Mitglieder nach den Bestimmungen des Statuts unterstützen und zwar aus eigenen Mitteln.

H. Bößler.“

## Briefkasten.

St. J. und J. Herten. Würdet Ihr bei Einsendungen nur den viersten Teil jenes Wortes aufzurufen, dafür aber Euch kurz auf Tatsachen befrüchten, wäre die Arbeit braubar. So aber ist das Geschreibsel wertlos. Hunderte Male haben wir gebeten: Schreibt Ihr und buntig, beschreibt Euch auf Angaben von Tatsachen, erhaltet Euch solist und uns Zeit und Arbeit. — Solltet Ihr 100. Wende Dich bald an Dein aufständiges Arbeitersekretariat. — A. W., Mühlhausen. Bei solchen Schilderungen muß man den Namen des Mannes angeben, sonst hat es keinen Sinn. Wer ist denn der Nachamerad?

Die am 18. April stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiterversammlungen erklären sich mit der von den Funktionären des Bergarbeiterverbandes am 30. März angenommenen Resolution einverstanden. Sie hält die Haltung des Verbandes gegenüber der vom „christlichen“ Gewerberverein einseitig eingelegten Lohnbewegung für die allein richtige und mögliche. Wie allgemein bekannt, hat sich der „christliche“ Gewerberverein bei Lohnbewegungen noch stets als unzuverlässig erwiesen; ja, er hat bisweilen Hoffnungsvolle Kämpfe der Bergarbeiter um Erringung besserer Lohns und Arbeitsbedingungen durch Organisierung des Streitbruchs unwirksam gemacht und dadurch den Unternehmern zum Siege verholfen. Es kann daher der Verbandsleitung nicht zugemutet werden, zu glauben, daß die Gewerkschaftsleitung jetzt den ehrlichen Willen hat, eine ernste Lohnbewegung zu machen.

Die Versammlung fordert daher die Leitung des „christlichen“ Gewerbervereins auf, zu zeigen, daß sie eine ernsthafte Lohnbewegung führen will. Den Beweis hierfür kann sie aber nur dadurch erbringen, daß sie es bei der jetzigen von ihr eingeleiteten Lohnbewegung nicht bei leeren Worten beweisen, sondern eindringlich Taten folgen läßt.

Die Verbandsmitglieder versprechen, daß, wenn die Gewerkschaftsleitung ernste Schritte zur Verbesserung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen unternimmt, sie eine solche Bewegung noch drücklich unterstützen werden. Sollte es zum Streit kommen, dann werden die Verbandsmitglieder ihren Mann stellen und ihr Wohlgefallen tun, den Streit zu einem für die Arbeiter siegreichen Ende zu führen.“

Nun, die Herren Streitbrüder, heraus! Beweist durch die Tat, daß wir euch falsch beurteilen, euch unrecht getan haben und marschiert voran in den frisch-fröhlichen Krieg. Euren Worten schenken wir keinen Glauben mehr, denn wer tausendmal gelogen, noch niemals die Wahrheit gesagt hat, dem glaubt man nichts.

Zur Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien.

Vor mehr denn sieben Monaten hat die Polnische Berufsvereinigung in Oberschlesien eine Bewegung unter den Bergarbeitern eingeleitet, von der man lange Zeit hindurch nichts hörte, jedoch angenommen werden mußte, sie sei verhandelt, die aber nunmehr doch auf einem Brennpunkt angelommt ist, wo die Entscheidung fallen muß.

Die Bewegung wurde von der Polnischen Berufsvereinigung durch Einrichtung von Abänderungsanträgen zur Arbeitsordnung eingeleitet. Gefordert wurde die Einführung eines Minimallohnes, Arbeitszeitbeschränkung, ein 14-tägiger Urlaub, bessere Behandlung der Arbeiter und Sicherung des Kooperationsrechts für die Bergarbeiter. Die Unternehmer ließen sich selbstverständlich auf nichts ein. Sie erklärten, daß die Polnische Berufsvereinigung zur Vertretung der Bergarbeiterinteressen als nicht berechtigt anerkennen könnten. Die Polnische Berufsvereinigung raffte sich dann zu einer Petition an den preußischen Landtag auf. In dieser Petition wird die Lage der oberösterreichischen Bergarbeiter wie folgt geschildert:

„Die Verhältnisse der oberösterreichischen Bergarbeiter sind schlechter als die der Südtiroler. Die Bergarbeiter im Südtirol erhalten dreimal am Tage warmes Essen. Dagegen die oberösterreichischen Bergarbeiter nur zweimal und zwar nur morgens und abends.“

Bei der Besprechung dieser Petition wurde die Polnische Berufsvereinigung mit einer Kluft, die sie sich selbst gebunden hat, gezwungen. Graf Henckel von Donnersmarck, Zentrumsgegner und Mitglied der schwereichen Grubenbesitzerfamilie Donnersmarck, für dessen Wahl im Jahre 1908 die Mitglieder der P. B. V. eingetreten sind, weil ihnen die nationalpolnische Presse erzählte, Graf Donnersmarck sei ein warmer Freund der Arbeiter, erhob sich und befürwortete die Petition. Nichts wie Uebertreibungen zum Zwecke der Verhetzung fehlen in der Petition. Er beantragte Uebertreibung zur Tagesordnung; und so geschah es auch. Die P. B. V. berief auf den 23. Februar d. J. eine Konferenz nach Wattens, in welcher weitere Maßnahmen beschlossen werden sollten. Diese Konferenz beschloß, nochmals bei den Unternehmern einzutragen, ob sie nicht gewillt seien, die Forderungen der Arbeiter zu billigen. Vergebliche Mühe! Die Unternehmer ließen sich auf nichts ein.

Am 18. März tagte dann eine weitere Konferenz der Bergarbeiterleute der P. B. V. in Konnschütte. Diese Konferenz fasste den Beschlüsse „Proklamation des Generalstreiks in Oberschlesien!“ Der Generalstreik sollte aber „gesetzlich“ beginnen. Darum sollten die Arbeiter Kündigungsschriften unterschreiben und bis zum 21. März dem Zentralbüro der P. B. V. einsenden. Von hier aus sollten dann die Kündigungsschriften gemeinschaftlich den Unternehmern zugesandt werden. Am 18. März wurde dann auch schon ein Flugblatt, in welchem die Arbeiter zum Unterzeichnen der Kündigungsschriften und somit zum Generalstreik aufgefordert wurden, verhängt. In dem Flugblatt wird gesagt, daß die Unternehmer Oberschlesiens alle großen Vermögen be-

halten, aber die Kinder der Arbeiter mit nackten Füßen umherlaufen müssen und dem Hunger töte preisgegeben sind! Von ihrem Vorgehen hatte die P. B. V. keine andere Organisation auch unseren Verband vorher nicht unterrichtet.

